# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 39. Dienstag, den 16. Februar 1897. 4. Jahrgang.


**Hierzu eine Beilage.**

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 13. Februar.

175. Sitzung.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 1 Uhr

Am Bundesrathstische: v. Goßler.

Die Berathung des Militär-Etats wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Kriegsministers“.

Abg. de Witt (Z) (auf der Tribüne unverständlich) spricht über die Zivilanstellungs-Verhältnisse des Beurlaubtenstandes.

Kriegsminister von Goßler erwidert, daß das Kriegsministerium auf die Auswahl dieser Offiziere kein Einfluß zustehe.

Dr. Foerster-Neustettin (Antis.): Das Mißtrauen gegen die Sozialdemokratie unter den Soldaten werde durch die Denunziationen, welche die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage gegen die Armen ständig vorbrächten, stetig vergrößert. Gewisse Mißstände seien aber vorhanden. Es träten viel zu viel Pensionirungen bei den Subalternoffizieren ein. Die jungen Leute müßten, ehe sie definitiv angestellt werden, eine längere Bruluungszeit durchmachen. Auf die Militärstrafprozeßordnung wolle er nicht weiter eingehen, er verlasse sich auf das gegebene Wort, daß die Vorlage kommen werde. Bezüglich des Duells stehe er ganz auf dem Standpunkt der Linken. Bedauerlich sei es, daß das erwartete Machtwort nicht gesprochen worden sei, das andere Herrscher zu anderen Zeiten gesprochen haben. Die Kabinetsordre sei nur eine Abschlagszahlung, sie werde dem Unfug kein völliges Ende bereiten. Das Duell stehe mit der Religion und der höheren Gesittung in Widerspruch, es sei noch dazu eine lächerliche Donquixoterie. Bei den Proviantlieferungen sollten mehr die produktiven Stände, die Landwirthe besonders, berücksichtigt werden, selbst wenn die Lieferung ein paar Pfennige theurer zu stehen kommt. Jetzt glaube die Verwaltung die Zwischenhändler noch nicht entbehren zu können. Eine Anfrage solcher Produzenten sei vom Ministerium nicht einmal beantwortet worden. An dem Zwischenhandel seien die Hungerlöhne schuld. Der Staat unterstütze bei den Lieferungen zu wenig den Handwerker. Die Fleischlieferung für Berlin sei im Ganzen ausgeschrieben worden, es könnten sich da nur Großunternehmer melden, thatsächlich seien auch nur acht Angebote erfolgt. In Braunschweig habe ein gewisser Traar, der Zwischenhändler sei und nicht zur Innung gehöre, die Lieferung erhalten, weil er um einen Bruchtheil vom Pfennig pro Pfund billiger war. Dabei gäbe es doch eine Ministerialverfügung, daß die Produzenten bevorzugt werden sollen. Man habe auch mit diesen jüdischen Lieferanten keine guten Erfahrungen gemacht. Zahlreiche Prozesse legten dafür Zeugniß ab. Er erinnere an den Fall Salomon in Metz, an einen Prozeß Sandstein in Ansbach. Ein anderer jüdischer Lieferant habe gesagt, für die Lumpen von Soldaten sei die Waare gut genug. Man sei also in der Auswahl der Persönlichkeiten etwas vorsichtiger. Die Kriminalstatistik beweist, daß die Juden viermal soviel bestraft werden als nach dem Prozentsatz der Bevölkerung anzunehmen wäre. Er hoffe, daß auf diesem Gebiete eine Besserung erfolgen werde.

Kriegsminister von Goßler bestreitet, daß zuviel Lieutenants pensionirt wurden. Die Zahl sei stetig zurückgegangen.

Generalmajor von Gemmingen: Die Angaben über die Fleischverdingung des Abg. Förster seien nicht richtig. Im übrigen habe die Militärverwaltung das Bestreben bei den Produzenten zu kaufen. Dies sei aber mit Schwierigkeiten verknüpft und vor drei Jahren haben eine Anzahl Landwirthe selbst von der Lieferung Abstand genommen. Bei Submissionen sei es nicht anders möglich, als dem Mindestfordernden, wenn sonst nichts gegen ihn vorliege, den Zuschlag zu ertheilen.

Dr. Lieber (Z.): Die Pensionirung sei ja Sache der höchsten Kommandogewalt, aber ein Anwachsen des Pensionsfonds würde seine Partei schließlich zwingen, an anderen Stellen des Etats Abstriche zu machen. Es sei wünschenswerth, daß die Pensionirungen eingeschränkt würden. Es scheiterten zu viele Offiziere an der sogenannten Majorsecke. Auf Einzelheiten wolle er nicht eingehen und könne nur wiederholen, man werde sich den Pensionsfonds künftig sehr scharf ansehen. Die jüngste kaiserliche Verordnung betr. die Zweikämpfe werde von seiner Partei ebensowenig als die Erfüllung der im Reichstage erhobenen Forderungen angesehen, sie sei sogar hinter den Erwartungen zurückgeblieben, die die Rede des Reichskanzlers wachgerufen habe. Immerhin sei die Verordnung als ein Schritt vorwärts mit Freude zu begrüßen. Redner dankt dem Kriegsminister für die Verlesung des Urtheils gegen Brüsewitz. Er wolle das Urtheil nicht kritisiren, aber für unsern bürgerlichen Verstand werde es immer ein Räthsel bleiben, daß im Falle Brüsewitz mildernde Umstände entdeckt werden konnte. Man sei durch die Annahme mildernder Umstände abermals vor die Frage der Offiziersehre gestellt. Nur die Annahme einer besonderen Offiziersehre neben der bürgerlichen Ehre könne die Zuerkennung mildernder Umstände in einem Falle erklären, wo einem bürgerlichen Verbrecher von einem bürgerlichen Gericht niemals mildernde Umstände bewilligt worden wären. (Sehr richtig! links.) Wir können eine besondere Offiziersehre nicht anerkennen. (Beifall im Zentrum.)

Pëus (SD.): Die Annahme mildernder Umstände im Falle Brüsewitz kann ich keineswegs als eine Ehre für den Offiziersstand ansehen. Es ist damit ausgesprochen, daß Offiziere besonders leicht zum Zorn gereizt werden, nicht die nöthige Selbstbeherrschung ausüben vermögen. Daß, wie hier konstatirt ist, die Zahl der Mißhandlungen und Selbstmorde im Heere abgenommen hat, können wir als wahr annehmen. Man hätte aber hinzufügen sollen, daß das ein Verdienst der Sozialdemokratie ist. Die Kritik der Sozialdemokratie hat vornehmlich diese Besserung herbeigeführt. Die übergroße Empfindlichkeit der Herren Militärs hat sich auch in den vielen Strafanträgen gezeigt, die der Herr Kriegsminister wegen scharfer Zeitungsartikel über den Fall Brüsewitz gegen eine Reihe von Redakteuren gestellt hat. Es wäre besser, er hätte auf diese Strafanträge verzichtet. Auch im Falle einer Verurtheilung ist der Erfolg keineswegs so, daß sich die Militärverwaltung darüber freuen dürfte. Im Volke wird eine Verurtheilung aus solchem Anlaß eher als Unrecht, denn als Recht empfunden. Ich wende mich nun dem Verhalten der Militärbehörde zur Sozialdemokratie zu. Wir Sozialdemokraten werden wegen jeder Handlung verurtheilt, die einem Boykott auch nur ähnlich sieht. Wir halten nur den wirthschaftlichen Boykott für berechtigt als Kampfmittel gegen wirthschaftliche Uebermacht. Dagegen ist es uns noch nie eingefallen, die Gesinnung zu boykottiren. (Widerspruch rechts.) Wir freuen uns im Gegentheil, wenn wir mit einer Gesinnung kämpfen können. Dagegen darf die Militärbehörde den militärischen Boykott noch immer kräftig ausüben. Redner theilt einen Fall aus Dessau mit, wo ein Lieutenant zu versammelten Landwehrleuten in der Instruktionsstunde sagte: „Ich hoffe, Ihr seid anständige Kerle und laßt Euch in diesen Schweinebuden nicht blicken.“ Die „Schweinebuden“ waren die von der Militärbehörde boykottirten Lokale, unter denen sich auch solche befanden, deren Inhaber gestorben oder verzogen waren. Redner rügt das „Ihr“ als ungehörig und bezeichnet es als mitleiderregend, wenn ein Mann, der auf Bildung Anspruch macht, sich in derartigen Ausdrücken ergeht. Schweinebuden könnten mit größerem Recht diejenigen Lokale in Dessau genannt werden, wo die Offiziere und Reserveoffiziere mit Vierteln und gezogenen Säbeln am Abend vor Kaisers Geburtstag die Köpfe einschlugen. (Unruhe rechts.) In Dessau werden 3000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Die Mehrzahl der Landwehrleute bestand also aus Sozialdemokraten, von denen sich der Lieutenant mit solchen Aeußerungen so ungeschickt blamirte. Daß die Geschichte wahr ist, geht daraus hervor, daß sie das „Dessauer Volksblatt“ brachte. (Lachen rechts) ohne daß eine Anklage erfolgte, die im Falle der Unwahrheit sicher erfolgt wäre. Die Militärbehörde erweiterte darauf den Boykott auch auf die Lokale, die nur im „Dessauer Volksblatt“ inseriren. Ich bestreite der Militärbehörde entschieden das Recht, in solcher Weise in die wirthschaftlichen Verhältnisse einzugreifen. Wir haben kein Ausnahmegesetz, wir haben zu beanspruchen, daß unsere Zeitungen als gleichberechtigt mit anderen Zeitungen gelten. Mit der Aufrechterhaltung der Disciplin kann die Militärbehörde diese Maßnahmen nicht rechtfertigen. Wenn sie dabei die Schranken des Gesetzes nicht beachtet, so ist das Ende nicht abzusehen. Sie dürfte, wenn sie die Armee vor der Sozialdemokratie behüten wollte, keinen Soldaten ohne Unteroffiziere auf die Straße lassen, sie müßte jedem Soldaten verbieten, seinen Vater oder seine Brüder zu besuchen, wenn diese Sozialdemokraten sind, sie müßten dann dafür sorgen, daß die jungen Leute nicht schon Sozialdemokraten sind, bevor sie Soldat werden. Durch solche Bemühungen erreichen Sie gar nichts. Ich bin ja auch Soldat gewesen und weiß, was es für einen Eindruck macht, wenn man so gegen die Sozialdemokratie vorgeht. Das bringt höchstens die Sozialdemokratie bei den Soldaten in Respekt, denn diese bekommen die Empfindung, die Militärbehörde müsse doch die Sozialdemokraten außerordentlich fürchten und damit wird der Sozialdemokratie eine Bedeutung beigelegt, über die wir uns nur außerordentlich freuen können. Die Militärbehörde thäte viel besser, wenn sie der Sozialdemokratie gegenüber objektiv bliebe. Es ist ja doch nicht möglich, die Sozialdemokratie aus dem Heere herauszubringen. Möchten sich die Herren lieber bemühen, das Wesen der Sozialdemokratie zu begreifen. Aber da fehlt es an allem. Die einzige Sache, die uns entgegengehalten wird, ist immer das Gerede von Umsturz und Zerstörung. Was der Kriegsminister gestern über den Londoner Congreß sagte, verriet nichts als Unkenntniß. Aber so geschieht es allenthalben. Jüngst hat ein Oberst in Rathenow eine Rede gegen den inneren Feind gehalten. Das agitirt nur für uns. Der Erlaß des Kriegsministers vom vorigen Jahre schafft für die Mitglieder des Heeres eine große Gefahr. Denken Sie daran, daß ein Mann, der zu Hause als Sozialdemokrat erzogen ist, in die Kaserne kommt; dort wird in den dienstfreien Stunden allerhand gesprochen. Wie leicht kann da eine unüberlegte Aeußerung fallen. Das Denunziantengesindel wird geradezu großgezüchtet. Wie leicht kann ein Unteroffizier seinen persönlichen Haß befriedigen. Es sollte grundsätzlich darauf verzichtet werden, die sozialdemokratische Ueberzeugung im Heere zu bekämpfen. Gerade die Unaufgeklärten, die Unvorsichtigen werden in erster Reihe getroffen. So hat ein Reservist für die Aeußerung „Ich bin Anarchist“ 9 Monate Gefängniß erhalten. Er that sie, als sich ein anderer als Sozialdemokrat bekannte. „Wenn der Sozialdemokrat ist, bin ich Anarchist.“ Seine Briefe aus dem Gefängniß beweisen, daß er keine Ahnung vom Anarchismus hat. Als er verhaftet wurde, wurde er wie ein Räuber und Mörder in Ketten gelegt. Solche Behandlungsweise macht ihn erst zum Mittelpunkt des Interesses einer Reihe von Menschen, die sich darüber empören. Das Reichsgericht hat kürzlich entschieden, daß Jeder, der zu einer Kontrolversammlung geladen ist, sich bis Mitternacht dieses Tages in militärischem Dienst befindet. Wie weit soll das gehen? Darf ich, wenn ich zu einer Controlversammlung muß, an diesem Tage eine sozialdemokratische Rede halten, darf ich als Setzer eine sozialdemokratische Zeitung setzen oder als Austräger sie austragen. Alles dieses wäre darnach strafbar. Aber die Auslegung des Reichsgerichts in Leipzig steht in Widerspruch zu dem Paragraph 7 des Militär-Strafgesetzbuches. Und nicht nur die politische, sondern auch die religiöse Meinung der Sozialdemokraten wird im Heere beeinflußt. Als in Brandenburg die Frau eines Sozialdemokraten gestorben war, wurde dem dienenden Sohn die Erlaubniß, dem Begräbniß der Mutter beizuwohnen, ertheilt, dann aber zurückgezogen, weil bekannt geworden war, daß an dem Begräbniß kein Geistlicher Theil nehme und die Beerdigung deshalb als eine sozialdemokratische Demonstration angesehen wurde. (Hört, hört!) Das ist doch geradezu empörend, der betreffende Soldat wagte nicht einmal, sich zu beschweren. Die Militärbehörde hat kein Recht, die Religionsfreiheit zu beschränken. Religion ist Privatsache auch nach dem Staatsgesetz; religiöse Anschauungen zu bethätigen, sollte dem einzelnen Soldaten überlassen bleiben; die religiöse Erziehung der Gesammtheit ist absolut erfolglos: die zur Kirche kommandirten Soldaten schlafen dort oder spielen gar Karten. Es ist nicht wahr, daß die nicht religiös gesinnten Staaten mehr gegen die Disziplin verstoßen, als die anderen. Uns wird ja allerdings vorgeworfen, wir untergraben Zucht und Ordnung, daß wir die Jugend zu früh in die Politik einführten. Aber die Beschäftigung mit Politik macht aus dummen Jungen ernsthafte Menschen. Grade da, wo die Sozialdemokratie Fuß faßt, verschwinden die Dummenjungenstreiche. Es könnte den Soldaten und ihrer Dienstführung nur zuträglich sein, wenn sie die sozialdemokratische Presse häufig lesen würden — dringend nothwendig ist die baldige Reform der Militär-Strafprozeßordnung, besonders auch in Rücksicht auf die Bestimmung, daß die Strafe erst abgebüßt werden muß, ehe eine Beschwerde erfolgen darf. Sie werfen uns den Wahlspruch: Ohne Gott gegen König und Vaterland! vor: aber viele Leute sind ohne Gott, die ihn beständig im Munde führen: könnten wir alle Atheisten im Reichstage ermitteln, das übrig bleibende Häuflein wäre sehr gering. Und Völker, die ohne König sind, wie die Franzosen, wissen auch für den eigenen Heerd zu kämpfen, das würden auch wir, wenn wir auch von der wirthschaftlichen Entwickelung das allmähliche Verschwinden der Kriege erhoffen. Und wenn wir international sind, so schließt das das Nationale nicht aus; international ist nicht antinational; erst neulich befürwortete Herr Sammacher die internationale wirthschaftliche, also auch politische Einigung der Staaten Europas. Und schließlich werden alle Kanonen Krupps nicht verhindern können, daß dieses Volk nach seinem eigenen Willen regiert wird. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Graf von Roon (K.): Wozu die Tribüne des Reichstages benutzt werden kann, das haben wir eben gesehen. (Heiterkeit links.) Ich werde mich auf diese Rede nicht einlassen, sie war nur eine neue Auflage der schon so oft gehörten Denunziationen, die sich später als unwahr herausgestellt haben. Der Vorredner sagte, er sei Soldat gewesen. Dann hat er auch noch den Fahneneid geschworen. Beides hat man seiner Rede nicht angemerkt. Die militärische Erziehung ist bei ihm vollständig mißlungen. (Große Heiterkeit.) Herr Lieber hat sich über die Milde des Urtheils im Falle Brüsewitz gewundert. Ich meine, das Urtheil sagt deutlich, daß Brüsewitz ohne Grund provozirt worden ist. Daß der Befehl des Kaisers über das Duellwesen voll und ganz ausgeführt werden wird, dafür bürgt die Disziplin in der Armee. Der Heeresverwaltung gebührt Dank dafür.

Kriegsminister von Goßler: Im Urtheil gegen Brüsewitz sind mildernde Umstände angenommen, weil der Stepmann provozirend aufgetreten ist. Dem sozialdemokratischen Redner erwidere ich, zum Vergnügen führe ich keine Prozesse, aber Beleidigungen auf der Armee sitzen zu lassen, das ist nicht meine Aufgabe und ich habe in den meisten Fällen auch die Freude gehabt, daß die Angeklagten verurtheilt worden sind. Der Abg. Peus hat seiner Partei das Verdienst vindizirt, zur Abnahme der Mißhandlungen am meisten beigetragen zu haben. Ich bestreite das. Im Gegentheil: Die sozialdemokratische Gesinnung ist ein Hinderniß für die militärische Erziehung. Seitdem die Sozialdemokratie so an Ausdehnung zugenommen hat, hat auch die Verrohung der Jugend sehr zugenommen. (Lärm links. Beifall rechts.) Die Statistik beweist das. Früher waren 10 pCt. der Soldaten vorbestraft, jetzt sind es 17 pCt. (Hört, hört, rechts.) Also zu einer Veredelung hat die Sozialdemokratie sicher nicht beigetragen. (Heiterkeit rechts). Die Angelegenheit mit den Dessauer Wirthschaften ist mir nicht bekannt. Ist der Ausdruck Schweinebuden gefallen, warum klagen dann die betreffenden Gastwirthe nicht? Aber für die Aeußerung eines einzelnen Lieutenants kann man mich doch wirklich nicht verantwortlich machen. (Sehr richtig! rechts.) Die Verurtheilungen der Sozialdemokraten und Anarchisten kenne ich. Es waren zwei Arbeitssoldaten, gehörten der zweiten Klasse des Soldatenstandes an und haben auf einem militärischen Transport die Frechheit gehabt, sich als Sozialdemokrat und Anarchist zu bezeichnen. Für diese grobe Verletzung der Disziplin sind sie gehörig bestraft worden und die Verurtheilung findet meine höchste Billigung. Vor mir liegt das Protokoll des Gothaer Parteitages, das ich zu meinem Bedauern durchlesen mußte. (Heiterkeit.) Ich muß sagen, die Wahrheitsliebe des „Vorwärts“ ist in diesen Verhandlungen in einer Weise kritisirt worden, die ihn in meinen Augen sehr herabsetzen muß. (Heiterkeit.) Ich habe den „Vorwärts“ für besser gehalten, als die eigenen Parteigenossen. (Heiterkeit.) Der „Vorwärts“ hat eine Beilage „Die Neue Welt“, welche ich nicht kenne. Aber ein Redner hat ihren Inhalt als „stinkende Schweinerei“ bezeichnet. Es handelt sich um sexuelle gemeine Sachen. So urtheilen Ihre eigenen Parteigenossen! (Heiterkeit.) Daß die Sozialdemokratie antinational ist, beweist eine auf dem Londoner Kongreß gefaßte Resolution, in der Befreiung vom Joche des militärischen und nationalen Despotismus als Ziel bezeichnet wird. Wer die Person des Königs angreift, die Grundlagen des Staates umkehren will, ist antinational. Die Charakterisirung des Offizierstandes, wie sie Herr Peus geliefert hat, zeugt von einer Unkenntniß, die ich nur bedauern kann. Unser ganzes Bestreben geht dahin, die Politik von der Armee fern zu halten. Ich glaube auch, keine Partei könnte es empfehlen, diese Massen von Hunderttausenden Politik treiben zu lassen. (Bravo! rechts.)

Dr. Hasse (NL.): Wir werden uns mit den sachlichen Bemerkungen bei den einzelnen Titeln betheiligen. Herr Peus hat Recht, das Internationale braucht nicht immer antinational zu sein. Aber dadurch unterscheidet sich grade die deutsche Sozialdemokratie von den Sozialdemokraten anderer Länder, daß die deutschen Sozialdemokraten das Wort international als antinational deuten. Gefreut habe ich mich über die Zusicherung des Abg. Bebel, daß künftig die Kasernenagitation unterbleiben soll. Bisher ist sie nicht unterblieben. Ich habe mich zum Wort gemeldet, um eine Aeußerung des Unterstaatssekretärs des Krieges in England, der von Sklaverei im deutschen Heer gesprochen hat, zurückzuweisen. (Ruf links: „Sozialdemokrat!“) Das ist es ja grade, daß der Herr kein Sozialdemokrat ist. (Heiterkeit.) Die Aeußerung ist eine Unverschämtheit und zugleich eine Lächerlichkeit. (Lachen links, Beifall rechts.)

Frhr. v. Stumm (RP.): Das Urtheil im Falle Brüsewitz ist durchaus gerecht. Die schwarzen Listen werden besonders gern von den Sozialdemokraten gegen Streikbrecher geführt. Weitere Aus-

führungen nach dieser Richtung verhindert Vizepräsident Spahn) Die Sozialdemokraten proklamiren Widerstand gegen die Monarchie, Abschaffung des Königthums, Herabsetzung der geschworenen Treue und dann wundern sie sich, daß die Heeresverwaltung ihnen Mißtrauen zeigt. Redner polemisirt gegen die Ausführungen des Abg. Bebel und erklärt, dieser habe kein Recht, irgend welche sozialdemokratischen Aeußerungen und Schriften als nicht offiziell zu bezeichnen; die Sozialdemokratie sei noch keine Regierung und was widerstandslos in ihren Kreisen verbreitet werde, das komme auf ihr Kerbholz, das könne sie nicht verleugnen. Jetzt bestreiten die Herren wieder, daß sie revolutionär sind; wir können doch nicht immer wieder das ganze Material vorbringen, daß wir gegen Sie haben, ich hatte schon daran gedacht, Alles auf einen großen Bogen drucken zu lassen und in Zukunft durch die Diener des Hauses vertheilen zu lassen, um der stets neuen Widerlegung derselben Unwahrheiten überhoben zu sein. Es ist die heiligste Pflicht der Militärverwaltung, das Hineintragen sozialdemokratischer Gesinnungen in die Armee zu verhindern. (Bravo! rechts.)

v. Vollmar (SD.): Ich habe nicht die Absicht, dem Vorredner in seinen Exkursen über Dies und Jenes aus der sozialdemokratischen Literatur und Bewegung zu folgen. Ich gehe dagegen auf die Aeußerung des Herrn Grafen Roon ein, der entrüstet darüber war, was heute Alles von der Tribüne gesagt werden konnte. Ich bin der gleichen Meinung; auch ich bin entrüstet darüber, was heute Alles von der Tribüne gesagt werden kann, ohne Eindruck auf den Reichstag zu machen. Ich finde, das Haus ist weit gekommen in der Gleichgültigkeit und Wurstigkeit gegen alle unsere berechtigten Beschwerden. Herr Graf Roon hat mir auch selbst die Anerkennung zollen müssen, daß ich mich durchaus sachlich in meinen Aeußerungen gehalten habe — aber man kann eine Debatte hier so sachlich beginnen, wie nur möglich — Sie bringen es kunstvoll zu Wege, eine allgemeine Sozialistendebatte daraus zu machen und das, worum es sich ursprünglich handelte, bei Seite zu schieben. Ich kann keinen Zweck und Sinn dabei finden, eine solche Debatte fortzuführen. Glauben Sie denn, daß Sie uns außerhalb des Hauses mit solchen Dingen schaden? Die Thatsachen haben Sie doch längst widerlegt. Sie mögen noch so viele und noch so schöne Lesefrüchte hier vorbringen, und je mehr Sie über Dinge reden, um so nützlicher wird es uns sein. Herr Graf Roon hat sich in einer Weise geäußert, die mir eigentlich noch am allermeisten entsprochen hat. Das Denken des Herrn ist durchaus richtig vom konservativen oder wie ich sage vom reaktionären Standpunkte. Er ist von seiner Idee des Konstitutionalismus oder Parlamentarismus irgendwie angekränkelt, er steht durchaus auf dem Standpunkte eines folgeriichtigen Russen, und hat von diesem Standpunkte aus vollkommen Recht, wenn er meint, Leute, die derartige Ansichten und Absichten haben, wie wir, müßten auf jede Weise verhindert werden, sie zu äußern, weil diese Ansichten dann ganz von selbst verschwinden würden. Wer noch einen so starken Glauben in unserer Zeit bewahrt hat, ist eigentlich in seiner Art zu beneiden. Weniger beneide ich den Herrn Kriegsminister. Er hat heute eine Reihe von neuen Ansichten, ich weiß nicht, ob er sie sich inzwischen durch Lektüre verschafft hat, hier vorgetragen und verschiedene Themen behandelt: er hat uns z. B. den Nachweis vorgebracht, daß die Verführung der Jugend auf die Sozialdemokratie zurückzuführen sei; er hat eine ganze Reihe anderer Dinge vorgetragen, von denen ich mich nur wundere, daß keines in sein Referat eingeschlagen hat. (Heiterkeit.) Ich finde, daß wir über derartige konfessionelle und politische Themen zweckmäßiger mit anderem Referat verhandeln, die uns zwar auch nicht besonders hold sein mögen, aber die doch bessere Uebung darin haben. (Heiterkeit. Sehr richtig! links.) Einige Bemerkungen des Kriegsministers erledigen sich durch falsche Auffassung unserer Reden von seiner Seite. So hat er meine Bemerkung über den Streik gegen die Straßburger Bierbrauereien mißverstanden. Ich sagte, daß die öffentliche Verhandlung manches Licht auf Zustände geworfen habe, welches bei dem gewöhnlichen Disziplinar- oder Geheimverfahren nicht hervorgetreten wäre, und wobei die Regierung selbst Dinge nicht erfahren könne, die sie jetzt im Interesse des Heeres erfahren hat. Meine Mißbilligung über die unendliche Verzögerung eines gerichtlichen Gnadengesuchs hat der Minister für unrichtig gehalten, und wenn die anderen Mißbilligungsäußerungen, die hier gefallen sind, nicht mit besseren Gründen stehen, so ist es schlimm. Ich benutze die mir die Geschäftsordnung bietet, um die bekannte Rede des Premierlieutenants Köster vom 15. November zu verlesen, und die eigene Darstellung des Offiziers beweist, daß bei dem Akte des Generalleutnants Roon sie nicht anders werden, so wird es wohl bei meiner Darlegung sein Bewenden haben. Der Kriegsminister hat dann ferner meine Bemerkungen über die Behandlung der Sozialdemokraten im Heere so aufgefaßt, als ob wir für unsere Angehörigen im Heere und für unsere Bewerber irgend welche Vorrechte verlangen. Davon ist aber auch nicht im Entferntesten die Rede gewesen, kein Wort auch dieser Richtung ist gefallen. Ich habe mich sogar ausdrücklich auf den Standpunkt gestellt, daß neben einmal die Anschauung gilt, daß jeder Soldat in treuer gewissenhafter und mit seiner ganzen Persönlichkeit unter dem Kommando der Offiziere habe, daß dann wenigstens gleiches Recht für Alle gelten müsse. Der Kriegsminister hat das bemerklich hervorgehoben, welche Nachtheile es haben könnte, wenn in die Armee die Politik hineingetragen würde. Ja wohl, Herr Kriegsminister, ich stehe auch auf dem Standpunkt, aber von eben dem die Politik in die Armee hinein als Diejenigen, welche in Ihrem Interesse und in Ihrem Interesse aus der Gesinnung der politischen Mehrheit die Sozialdemokratie ausnehmen und aus ihr politische Vorteile haben, die, wie gesagt, unterschätzt sein mögen, aber doch bei anderen Parteien besser aufgehoben sind. Mein und meiner Freunde Verlangen geht lediglich dahin, daß auf allen Gebieten formale Rechtsgleichheit herrsche, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist. So lange die Sozialdemokraten sich nicht bestimmen lassen, das Gesetz umzugehen Verfehlungen schuldig machen, so lange sollen sie auch in den Kasernen nicht zum pfeifen Recht ausgeschlossen sein; es scheint aber allerdings, als ob der Gebrauch der Militärgerichte bei den bisherigen Kommandobefehlen ganz besonders intensiv Anwendung fände. Lassen Sie den Grundsatz der Gleichheit für Alle gelten, und wir werden uns bescheiden. Ich muß aber noch auf einige der politischen Grundsätze und Bestimmungen des Herrn Kriegsministers eingehen. Der Gedanke, der ich Ihnen gestern sagte, der sich heute auch in mir befestigt, daß der Herr Kriegsminister es sich etwas allzu leicht machen, politisch zu diskutiren, und es sich etwas allzu leicht machen, politische Argumente gegen meine Partei zu heben. Würde irgend Jemand von uns auf Grund höherer Schüsse eines Kriegs- oder Schlachtenbummlers es sich erlauben, über Politik und Strategie zu urtheilen, so würde man uns Lächerlichkeit machen und sagen, wir reden über Dinge, die wir nicht verstehen. Ich sage dergleichen als höherer Mann von dem Herrn Kriegsminister nicht. Aber soviel muß ich doch sagen, daß diese Art, aus dem Zusammenhang gerissene und in der Eile herbeigeschaffte Lesefrüchte hier vorzubringen, weder uns noch die Gegner befriedigen können, zumal wenn man Dinge anführt, die mit dem Heere nichts zu thun haben. Was sollen uns denn hier Klagen über den „Vorwärts“ und die „Neue Welt“ und über Kirchenlieder oder antireligiöse Richtung? Ich frage Sie, was hat denn das mit der Armee zu thun? Und ob der „Vorwärts“ die Wahrheit sagt oder lügt, ob die „Neue Welt“ kirchlich oder antireligiös ist, das scheren die Sozialdemokraten und ihre Gegnerschaft nicht im Geringsten. Die Gegner der Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie ist eine außerordentlich große und kann ein Studium anfangen, die sich allein. Die Gegner der Sozialdemokratie sind mit ganz anderen Dingen beschäftigt und sie verlangt von ihnen, daß sie sich diesem Studium in außerordentlicher Weise hingeben. Das Ergebniß [illegible] Ihnen gar nichts und liefert den Schlüssel zur Kenntniß des Sozialismus in keiner Weise. Bringt man Leichenreden über ein [illegible] Zusammenhänge und Beziehungen hier vor, so sind die Herren immer bereit zu sagen: „Was beweist das anders, als daß in einer großen Armee sich einzelne Leute finden, die ihren Aufgaben nicht gewachsen sind und der Gesammtheit keine Ehre machen; das berechtigt aber keineswegs zu einem entsprechenden Urtheil gegen die Gesammtheit.“ Uns aber wirft man ein einzelnes Wort vor, das irgend ein einzelner Mann auf irgend einem Kongresse ausgebracht hat. Was würden Sie sagen, wenn wir aus der Anweisung, die ein einzelner hochgestellter Offizier, General v. Boguslawsky, zu der Revolution von oben gegeben hat, auf die Gesinnung des ganzen Offizierkorps schließen wollten? Bei uns hat in der Literatur und in der Journalistik, in den Volksversammlungen und gar erst auf den Parteitagen (Heiterkeit) Jeder die volle Freiheit, Alles auszupacken und vorzubringen, was er will. Kein Band und kein Zwang, außer dem der äußeren Gesetze, hindert ihn zu sagen, was er auf dem Herzen hat. Daß da neben gescheuten auch tolle Dinge zum Vorschein kommen, das ist begreiflich und menschlich. Aber glauben Sie, daß in den Zentrumsversammlungen nur gescheute Dinge zu Tage kommen? (Heiterkeit.) Das ist bei keiner Partei anders. Was die Partei als Partei thut, steht auf einem anderen Blatt. — Ich habe mir gestern erlaubt, meine und meiner Partei Auffassung über das Vaterlandsgefühl darzulegen, und der Herr Kriegsminister hat hierauf gemeint, die Sozialdemokratie habe ihr freundliches Gesicht gezeigt. Unmittelbar darauf aber hat er erklärt, er müsse doch bei seiner Auffassung bleiben, daß die Sozialdemokratie vaterlandslos sei. Ich weiß nicht, ob der Herr Kriegsminister bemerkt hat, daß er mich damit der Unwahrheit geziehen hat. Ich werde mir persönlich niemals erlauben, meine Gegner so zu behandeln. Sachlich meine ich, daß ich, wie hoch der Kriegsminister auch seine Kenntniß der sozialistischen Dinge einschätzen mag, doch der bessere Interpret der Ansichten meiner Partei bin. Es ist mein Recht, zu fordern, daß man meine Worte nicht beweislos in Zweifel zieht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Generalauditeur Ittenbach hebt hervor, daß in dem vom Vorredner erwähnten Falle des Lieutenants von Köster das Kriegsgericht und das Generalauditorat eine Strafmilderung beantragt hätten, die der Kaiser dann ausgesprochen habe. Herr v. Köstner war nachher der Ansicht, daß die Strafmilderung noch hätte erheblich größer sein müssen. Man sollte doch vorsichtiger sein und nicht die Behauptung aufstellen, ein Divisionskommandeur hätte ein Begnadigungsgesuch dem Kaiser vorzuenthalten gesucht; ein solcher Divisionskommandeur würde nicht lange in der Armee bleiben. Im Falle Road ist die kriegsgerichtliche Untersuchung sofort eingeleitet worden, nachdem sich bei dem gerichtlichen Verfahren gegen Road herausgestellt hatte, daß Mißhandlungen vorgekommen seien. Der betreffende Unteroffizier wurde zur Degradation und sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. Was den Fall Strehlau betrifft, so zieht sich dieser von 1886 bis Ende 1896 hin und hat erst jetzt seinen Abschluß gefunden. So einfach hat die Sache also nicht gelegen, wie Herr Bebel glaubt. Im Laufe der Untersuchung hat sich die Militärbehörde die Akten ausgebeten. 1896 hat sie die Akten erst erhalten und daraus ersehen, daß sich ein Unteroffizier und zwei Gefreite der Mißhandlung schuldig gemacht hätten. Der Unteroffizier ist zu 3 Wochen, die Gefreiten zu 10 Tagen Mittelarrest verurtheilt. Auch in diesem Falle ist nichts unterlassen worden, die Schuldigen sofort zur Verantwortung zu ziehen.

Förster (Antis.) äußert noch einmal Bedenken gegen die Art der Fleischverdingung in der Berliner Garnison, ebenso wegen der Deckung des Bedarfs in den Konservenfabriken.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Bebel (SD.): Durch die Vertagung der Debatte bleibt mir ja die Möglichkeit, am Montag auf alle Angriffe noch ausführlich zu antworten. Heute will ich nur dem Generalauditeur Ittenbach erwidern, der mir, mir jetzt Rede zu werden scheint, wieder Unrichtigkeiten vorgeworfen hat. Der Fall Road verhält sich genau so, wie ich ihn vorgetragen habe. Daß Tobelle nachträglich auf Grund der Dinge, die vor dem Militärgericht festgestellt wurden, verurtheilt worden ist, ist nicht mehr wie recht und billig. Ich konnte es nicht wissen, weil es mir unbekannt war und ich erst in diesem Augenblicke davon erfahren habe. Auch im Falle Strehlau verhält es sich so, wie ich gesagt habe. Strehlau ist — das muß auch der Generalauditeur zugeben — vom bürgerlichen Gerichte freigesprochen worden und erst auf Grund dieser Verhandlung hat sich die Militärbehörde veranlaßt gesehen, die Anklage gegen Strehlau zu erheben.

Graf Roon (K.): Herr v. Vollmar hat mich einen Russen genannt. Ich bin ein guter Preuße, und zwar stehe ich auf dem Boden der Verfassung. Das hindert mich nicht, zu wünschen, daß die Verfassung in einzelnen Punkten abgeändert wird, damit ich die Herren mir nicht mehr gegenüber sitzen sehe. (Heiterkeit.)

v. Vollmar (SD.): Ich habe den Grafen Roon nicht einen Russen genannt; ich weiß, daß er ein Preuße ist. Ich habe nur gesagt, bei seinen absolutistischen Neigungen und Wünschen empfehle er sich für einen Russen. Der Premierlieutenant Köster hat die Sache in einer nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten Schrift so dargestellt, wie ich es gethan habe. Sind Unrichtigkeiten vorhanden, so fallen sie dem Premierlieutenant Köster, nicht mir zur Last. Die Schrift enthält ausdrücklich den Vorwurf der Pflichtverletzung gegen den Gerichtsherrn. Die Schrift befindet sich seit Jahren in den Händen der Militärverwaltung. Diese hat aber nicht geklagt. Gegen Premierlieutenants ist man offenbar milder als gegen sozialdemokratische Redakteure.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Berathung.

Schluß 6½ Uhr.

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

**Der Bundesrath** hat in seiner am 11. ds. Mts. abgehaltenen Plenarsitzung dem Entwurf eines Gesetzes wegen Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen aus dem Etatsjahre 1897/98 zur Schuldentilgung, sowie dem Ausführungsantrage, betreffend Aenderung der Bestimmungen über die Zollbehandlung der Verschnittweine und -Moste, die Zustimmung ertheilt. Die Uebersicht der Geschäfte des Reichsgerichts im Jahre 1896 zur Kenntniß genommen. Die Vorlage, betreffend die anderweitige Abgrenzung der Schiedsgerichts-Bezirke der Privatbahn-Berufsgenossenschaft, wurde dem Ausschusse für Handel und Verkehr überwiesen. Außerdem wurde über Eingaben Beschluß gefaßt.

**Die Kommission für Arbeiterstatistik** Sonnabend, 20. d. M., im Reichsamt des Innern zusammentreten, um den Bericht über die Erhebung, betreffend die Arbeitsverhältnisse in der Kleider- und Wäschekonfektion festzustellen.

**Der Entwurf der neuen Militärstrafprozeßordnung** zum Gesetz erhoben, würde die einschlägigen Verhältnisse in Bayern in außerordentlicher Weise verschlechtern, wie in einem Artikel der „Frankf. Ztg.“ aus München näher ausgeführt wird. Die Zahl der bayerischen Auditeure würde sich um vier Fünftel bis fünf Sechstel vermindern; da der bayerischen Auditeure jetzt schon stark beschäftigt sind, dürfte künftig die Militärgerichtsbark zum überwiegend größten Theil aus den Händen Berufsrichter in die von Offizieren kommen. Rech man dazu noch den Umstand, daß das Bestätigungsre in dem Entwurf enthalten ist, so zerfällt das Gute heutigen bayerischen Militärgerichtsordnung in den wi tigsten Punkten in nichts. Von einer Stabilität Gerichte kann demnach nicht mehr die Rede sein. Stabilität ist aber die unerläßliche Voraussetzung einer nügenden Rechtsprechung, wie es auch unerläßlich ist, die Rechtsprechung in den Händen von Berufsrichte liegt. Es dürfte einen Sturm der Entrüstung durch d ganze Land hindurch anfachen, wenn die bayerische Regi rung zu solchen Bestimmungen ihre Zustimmung gäb Die Divisionsgerichte, die nur einen einzigen Auditeu haben sollen, würden unseren bisherigen militärische Gerichten (Schwurgerichten) entsprechen, die Standgericht bei denen es gar keinen Juristen mehr geben würd unseren bisherigen Untergerichten. Das Generalauditoria als oberste gerichtliche Instanz, würde nach dem Entwu eigentlich auszufallen haben. Es scheint aber, daß ma bayerischerseits einen Ausgleich dahin anstrebt, da Gericht im Frieden zu erhalten, im Kriege aber ruhe zu lassen.

**Deutsches Bürgerthum!** „Höre, so schreibt d „Volksz.“, was du werth bist, mit deiner Tüchtigkei deiner vaterländischen Gesinnung, deiner Opferwilligkeit i Frieden und im Kriege, deiner Steuerleistung! Bei der Festmahle des deutschen Landwirthschaftsraths am Mitt woch brachte der Landwirthschaftsminister Freiherr v o Hammerstein ein Hoch auf die deutsche Landwirth schaft und die deutschen Landwirthe aus. Er erwähnt dabei, so berichtet das Organ des Bundes der Land wirthe, daß der Kampf um so energischer fortgeführ werden müsse, je schwieriger die Lage sei. Das sei deutsch Art, und wenn der Kaiser uns helfe, so brauche Nie mand die Flinte ins Korn zu werfen. Der Kern des deutschen Vaterlandes liege im Land und nicht in den Städten.

Bisher ist diese wunderbare Behauptung nur imme in den Blättern des Junkerthums aufgetischt worden, vo denen hinwiederum das Junkerthum selbst als der Kern des Kerns gepriesen wurde. Nunmehr hören wir, di Richtigkeit der Meldung des Bundesorgans vorausgesetzt dieselbe unhaltbare Theorie aus dem Munde eines Mitgliedes des preußischen Staatsministeriums. Es ist ein tief bedauerliches Zeiche der Zeit, daß solchergestalt der Gegensatz zwischen Stad und Land, der ohnedies in Folge des agrarischen Trei bens groß und schroff genug ist, durch den Trinkspruch eines Ministers verschärft wird. Die in den Städten wohnenden Bürger des Deutschen Reiches mögen diese Zurücksetzung, diese Degradirung zu minder wertigen Angehörigen des Reiches in ihrem Gedächt nisse behalten und als Antrieb empfinden, der Regierung, in deren Mitte ein Mann mit solchen Anschauungen sitzt, bei den nächsten Wahlen zu zeigen, daß das Bürgerthum in den Städten ebenbürtig ist den Bewohnern auf dem Lande! Was wäre aus Preußen, was aus Deutschland geworden, wenn die Städte nicht durch ihren Gewerbefleiß und durch die in ihnen aufgespeicherte Intelligenz die Träger der Kultur geworden wären, oder wenn sie in den über das Schicksal des Landes entscheidenden Kriegen nicht ihre beste Kraft geopfert hätten!“

Eines hat die „Volkszeitung“ diesen durchaus berechtigten Ausführungen hinzuzusetzen vergessen: daß nämlich derartige Redensarten nicht möglich gewesen wären, hätte das deutsche Bürgerthum jemals ernstlich seine Würde gewahrt, anstatt vor dem Junkerthum und seinen Vertretern, vor dem Militarismus und Cäsarismus ducknackig zu liebedienern und kniefällige Verehrung zur Schau zu tragen. Wer sich im politischen Leben selbst erniedrigt, den erhöht kein Mensch, den trifft der wohlverdiente Fußtritt!

**Die offizielle Feier des 22. März** giebt der Berliner „Volkszeitung“ zu einer längeren, sehr zeitgemäßen und beachtenswerthen Erörterung Anlaß. Sie schreibt:

„Die Feier soll drei Tage dauern. Die Kirche soll dabei den Vortritt haben. Für den 21. März sind ausschließlich kirchliche Feiern in Aussicht genommen. Am 22. März sollen Schulfeiern, Festakte, Paraden, Festessen, Festvorstellungen und sonstige Veranstaltungen stattfinden. Der 23. März ist für „Volksbelustigungen“ und volksthümliche Feste“ bestimmt. Am 22. und 23. März sollen die Dienstgebäude der Behörden illuminirt, an allen drei Tagen geflaggt sein.

Es wird sich fragen, wie weit das werkthätige Volk Neigung und Zeit haben wird, drei Tage lang zu feiern.

Nach den bis jetzt vorliegenden Anzeichen zu schließen, werden die Kosten für die Feier, die vom Reiche, von den Bundesstaaten, von Gemeinden, von Vereinen und von Einzelnen werden verausgabt werden, sich auf viele Millionen belaufen, wobei noch nicht mitgerechnet ist, was der Konsum an Wein und Bier kosten wird, den sich die Feiernden während der drei Festtage gestatten werden.

Es wäre eine nationalökonomisch interessante statistische Aufgabe, festzustellen, wie viel Millionen insgesammt aus dieser Veranlassung zur Ausgabe gelangen werden, und wie viel Schulhäuser, Krankenhäuser, Waisenhäuser damit gebaut, wie viel gemeinnützige andere Veranstaltungen zu dauerndem Vortheil für das deutsche Volk damit ins Leben gerufen werden könnten. Das Statistische Amt des Deutschen Reichs wäre wohl in der Lage, von den zuständigen Behörden des Reiches, der Bundesstaaten und der Tausende von Kommunen eine amtliche Auskunft über die Höhe ihrer Bewilligungen zu dem erwähnten Zwecke zu erlangen und statistisch übersichtlich zu verarbeiten. Freilich würde dadurch der wirthschaftliche Effekt einer solchen Kapitalsverschiebung nur zu einem sehr kleinen Theile anschaulich geschildert werden können. Denn einer gründlichen und umfassenden Statistik solcher Aufwendung würden sich die Summen, die wir im Hinblick auf den gesteigerten Konsum von geistigen Getränken erwähnt haben, entziehen. Es würden sich ihr auch die Millionen entziehen, auf welche sich der Mindererertrag der nationalen Arbeit beläuft, der durch das Einlegen zweier arbeitsloser Feiertage (22. und 23. März, der 21. ist ein Sonntag) bedingt wird. In dieser Beziehung wäre

man nur auf Schätzungen angewiesen. Immerhin wäre die statistische Feststellung der amtlich unanfechtbaren Ausgaben aus öffentlichen Mitteln national-ökonomisch und kulturhistorisch von großem Werthe. Es würde dadurch ein interessanter Anfang gemacht zu einer Finanzstatistik der sich häufenden nationalen Feste überhaupt, denen sich bekanntlich, wenn es nach dem Abgeordneten von Schenckendorf ginge, noch neue „nationale Feste" hinzugesellen sollen, so daß sich für die Statistik die Aufgabe auf alle Fälle lohnt, die finanzielle und wirthschaftliche Tragweite solcher Veranstaltungen dem Volke klar zu machen.

Es bedarf wohl gar nicht erst des Hinweises, daß das statistische Amt sich schönstens bedanken wird, die ihr zugemuthete Arbeit zu übernehmen, so interessant und bedeutungsvoll ihr Ergebniß auch immerhin sein würde. Der bloße Gedanke an die „agitatorische Ausbeutung" des Resultats allein wird schon genügen, eine solche Enquete zu verhindern. Das arbeitende Volk versteht auch ohnehin, Parallelen zu ziehen und sich sein Theil zu denken.

**Reuß ä. L. demonstrirt!** Wie man den „München. N. Nachr." meldet, hat die fürstliche Regierung es letzthin abgelehnt, anläßlich des 100. Geburtstages Kaiser Wilhelms I. eine öffentliche Landesfeier anzuordnen. Schrecklich!

**Allerhand „Demokraten".** Die Berliner „Volks-Zeitung" bringt einen begeisterten Artikel anläßlich des 70. Geburtstages des badischen Landtags-Abgeordneten K. Delisle. Sie erwähnt hierbei folgenden Vorgang, der Delisle erst in weiteren Kreisen bekannt machte:

„Delisle war früher Oberingenieur der badischen Staatsbahnen und hat sich um das Eisenbahn-Maschinenwesen in hervorragender Weise verdient gemacht, wobei ihm seine durch langjährige Thätigkeit in den Vereinigten Staaten erworbenen reichen Erfahrungen sehr zu statten kamen. Großes Aufsehen erregte seiner Zeit eine Affaire, welche die Pensionirung Delisle's zur Folge hatte. In einem geselligen Verein, dem er angehörte und in welchem jede politische Erörterung nach den Statuten ausgeschlossen sein soll, brachte ein Mitglied ein Hoch auf den Kaiser aus, weil derselbe den gegen die Bismarck-Ehrung gerichteten bekannten Beschluß der Mehrheit des Reichstages in scharfen Worten gegeißelt habe. Die Art der Begründung seitens des Redners, die sich insbesondere gegen die linksstehenden Fraktionen richtete und in der Delisle eine Beleidigung seiner eigenen Partei durch jenes Vereinsmitglied erblicken mußte, veranlaßte ihn, dem nichts ferner lag, als eine Majestätsbeleidigung zu begehen, bei dem Kaiserhoch sitzen zu bleiben, um hierdurch gegen die durch den Redner an seiner Partei geübte Kritik zu protestiren. Der Wunsch der Reaktionäre, daß Delisle wegen Majestätsbeleidigung unter Anklage gestellt werde, ist zwar nicht erfüllt worden, jedoch mußte Delisle in Folge der von jener Seite gegen ihn eingeleiteten maßlosen Hetzereien aus dem Amte scheiden. Eine deutsche Antwort hierauf gaben die Wähler der Stadt Rastatt; die deutsche Volkspartei eroberte beim ersten Anlauf das Landtagsmandat von den Nationalliberalen im Jahre 1895 und Delisle, der geistig und körperlich noch sehr rüstig ist, tauschte für die von ihm aufgegebene staatliche Stellung das Ehrenamt eines Abgeordneten ein."

Vollständig wäre die vorstehende Mittheilung erst gewesen, wenn die „Volks-Ztg." auch noch das folgende hinzugesetzt hätte: „Der Befehl, Delisle von dem Staatsdienste zu entlassen, kam natürlich vom Hof. Zur Charakterisirung dieser Sorte von Demokraten muß erwähnt werden, daß neulich bei der außerordentlichen Tagung des Landtages der Großherzog einen Hofball gab, bei welchem als Repräsentant der freisinnig-demokratischen Fraktion derselbe Delisle anwesend war und die Kour schnitt."

**Ein obdachloser Landbote** dürfte Herr Mohr werden. In nationalliberalen Blättern wird nämlich schon jetzt angedeutet, daß Herr Mohr im Falle seiner Wiederwahl in das Abgeordnetenhaus nicht wieder in die nationalliberale Fraktion aufgenommen werden würde. — Warum denn? Er paßt doch ausgezeichnet in ihre Mitte!

**Das Preßknebelungsgesetz in Elsaß-Lothringen,** das dort noch aus Napoleons Zeiten als ein merkwürdiges Dokument der „deutschen Einheit" besteht, hat einen Vertheidiger im Statthalter für Elsaß-Lothringen, dem Fürsten Hohenlohe-Langenberg, gefunden. Der Herr sagte auf einem Gelage, das er seinen Getreuen gab:

„Es wird niemand, der die Zustände unbefangen beurtheilt, behaupten können, daß der Presse hier im Lande nicht die größtmöglichste Freiheit gewährt werde. . . . Wenn aber die von mir gekennzeichnete Presse den Bogen zu straff spannt, so mag sie auch die Verantwortlichkeit tragen für die uns aufgedrungene Strenge, die ich nur ungern anwenden würde, nicht um die Freiheit der Presse zu unterdrücken, sondern um Land und Leute vor Unheil zu bewahren."

Den Sozialismus in seinem Lauf — hält auch der Statthalter von Elsaß-Lothringen nicht auf!

## Lübeck und Nachbargebiete.

15. Februar.

**Achtung! Metallarbeiter! Der Zuzug von Schlossern, Schmieden, Drehern, Klempnern, Verzinnern, Brennern und sonstigen Hülfsarbeitern nach Lübeck ist streng gänzlich fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeen.**

**Das Streikkomitee** ersucht, bei Zeichnung von Gelder für die streikenden Arbeiter von Thiel u. Söhne nur auf solche Sammellisten zu zeichnen, welche vom Lübecker Gewerkschaftskartell herausgegeben und mit dem Kartellstempel versehen sind.

**Nachlese.** Unter der Anklage, die hiesige Schutzmannschaft beleidigt zu haben, standen am Sonnabend die Genossen Th. Bartels und O. Friedrich. In Nr. 282 des „Volksbote" vom 3. Dezember war über eine Volksversammlung berichtet, in welcher B. über „den Streik bei Thiel u. Söhne und das Verhalten der Polizei referirt hatte. Der Bericht besagte, daß B. „sich eingehend mit dem Verhalten der hiesigen Schutzmannschaft beschäftigte, deren einzelne Angehörige zum Theil vergessen zu haben scheinen, daß sie nicht lediglich zum Schutze des Herrn Thiel und seiner Knappen da sind, und daß sie auch streikenden Arbeitern gegenüber sich eines anständigen und gesetzlichen Verhaltens zu befleißigen haben". — Friedrich erklärte, er habe lediglich über die Versammlung und die dort geführten Reden, wie über jedes andere Vorkommniß berichtet, ohne an Beleidigungen auch nur zu denken, während Bartels die Worte anerkannte und aufrecht erhielt. Die Beweisaufnahme erstreckte sich auf drei Fälle. Zunächst kam die Angelegenheit Baginski zur Sprache. Aus den Polizeiakten wurde verlesen, daß dem Schutzmann, welcher s. Zt. die Genossen Schweizer und Bendfeldt zur Wache sistirt hatte, weil sie im Verdachte standen, sich des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht zu haben, eröffnet sei, es sei nicht seines Amtes gewesen, einzuschreiten. Mit Rücksicht auf seine bisherige gute Führung sei von einer Strafe abgesehen worden. In Zukunft solle er mehr Nachdenken anwenden. Hiervon ist den Beschwerdeführern Mittheilung geworden in der Form, daß der Schutzmann seine Befugnisse überschritten habe und entsprechend belehrt worden sei. Nachträglich hat sich herausgestellt, daß der Schutzmann eine unvollständige Meldung erstattet, sich im Uebrigen aber korrekt benommen hat. Sodann folgte der Fall Weber, Schutzmann Nr. 50. Zwei streikende Frauen bekunden, daß derselbe ihnen zugerufen: Ihr solltet Euch etwas schämen, Ihr Streikenden, Ihr Luder! Der Beamte stellt dies in Abrede, behauptet auch, der später ihn zu Rede stellende Mann der einen Frau habe sich Luckmann genannt. Weiter soll er zu einer Frau T. gesagt haben, sie solle lieber nach Hause gehen und Strümpfe stricken. Auch dies wird in Abrede gestellt. Endlich will der Arbeiter H. von einem „Arbeitswillige" begleitenden Schutzmann gestoßen worden sein. Der Staatsanwalt beantragte, weil die Beleidigung eine schwere und nicht die Spur eines Beweises erbracht sei, je 6 Wochen Gefängniß, das Gericht setzte jedoch die Verhandlung auf heute aus mit der Motivirung, daß zunächst eine Erklärung des Polizeiamtes darüber herbeizuführen sei, ob der gestellte Strafantrag sich sowohl gegen Bartels, als den Redner in der Versammlung vom 1. Dezember, als auch gegen Friedrich, den derzeitigen verantwortlichen Redakteur des „Volksboten" richten solle, da der vorliegende Strafantrag in seiner jetzigen Fassung dies zweifelhaft erscheinen lasse. Das heute verkündete Urtheil lautet für Bartels auf 4 Wochen, für Friedrich auf 6 Wochen (mit der neulich über ihn verhängten Strafe 1 Jahr 1 Monat) Gefängniß wegen einfacher Beleidigung (§ 185). Die Begründung werden wir morgen bringen.

**Vom Arbeitgeber-Verband.** Die „T.-Z." schreibt:

„Die hiesige Sozialdemokratie ist über die Begründung des Arbeitgeber-Verbandes rein aus dem Häuschen. Ein Zeichen, daß es von den Arbeitgebern richtig ist, wenn sie sich organisiren. Die Sozialdemokraten thun nun wieder wie unschuldsvolle Engel. Was sie sich längst geschaffen haben, die Organisation, die wollen sie den Arbeitgebern verwehren. Der Unterschied ist nur der, daß die Organisation der Arbeiter durch eisernen Zwang zu Stande gekommen ist, während bei den Arbeitgebern der freie Wille die Grundlage bildet."

Die Sozialdemokratie hat die Thatsache, daß die Arbeitgeber Lübecks sich eine Organisation geschaffen haben, mit ebenderselben Ruhe hingenommen, mit der sie zu allen Erscheinungen Stellung nimmt, welche die Entwicklung des kapitalistischen Wirthschaftssystems zeitigt. Man glaubt doch nicht etwa, daß uns das Faktum überrascht hat? Die Gründung war vorauszusehen, sie war in Wirklichkeit schon längst perfekt, und hat jetzt nur diejenige Form angenommen, welche dem Hamburger Arbeitgeber-Verband eigen ist. Der neue Verband wird — wir geben uns darüber keinerlei Illusionen hin — in Bälde seinen Hauptzweck, die rücksichtslose Zertrümmerung der verhaßten Arbeiter-Organisationen, zu erreichen suchen, er wird, genau wie sein erlauchtes Vorbild, in Verfolgung seines Endziels alle humanitären und lokalpatriotischen Erwägungen kaltblütig bei Seite schieben, er wird die Knebelung der Lohnsklaven bis zum Aeußersten durchzusetzen suchen, Stumm womöglich noch überstummend, — aber er wird auch noch eine andere Wirkung erzielen. In erster Linie wird sein Treiben auch dem Blödesten unter den noch indifferenten Arbeitern die Augen öffnen über das Dichten und Trachten des Unternehmerthums, es wird unauslöschlichen Groll unter die Massen säen und die Arbeiterschaft innerlich festigen, wie kein anderes Mittel, dadurch, daß es das nagende Gefühl in Allen gleichmäßig wachruft: Man mißbraucht dem wirthschaftlich Schwachen gegenüber das soziale Uebergewicht, auf den Geldsack pochend will man uns zur willenlosen Maschine herabdrücken, man will die absolute Rechtlosigkeit des Arbeiters zu einer rechtlichen Institution ausgestalten. Man unterschätze nicht die im Proletariate ruhende sittliche Kraft, die — wir verweisen auf Hamburg — jahrelang geduldig das Aergste über sich ergehen läßt, dann aber, wenn das Maß der Geduld erschöpft ist, mit elementarer Gewalt sich aufbäumt gegen die Despotie und den Uebermuth des Kapitals. An die Einsicht des Unternehmerthums zu appelliren, halten wir für zwecklos — aber allen Ehrlichdenkenden rufen wir die gewaltigen, die ganze zivilisirte Welt in Aufregung versetzenden Ereignisse der letzten Wochen in's Gedächtniß, und dann fragen wir — hoffend, daß es nicht eintreten möge —: Wie wenn Aehnliches auch hier einträte? Die hiesige Arbeiterschaft verlangt nicht nach Kämpfen, aber dasjenige, was sie in mühseliger Organisationsarbeit geschaffen haben, wird sie nicht den Imperatorengelüsten des Unternehmerthums opfern. Die Arbeiter sind allezeit zu friedlichen Vereinbarungen bereit, sie werden aber auch bei der heutzutage üblichen bündig-brutalen Abweisung berechtigter Forderungen ihrem Begehr Nachdruck zu verleihen wissen. Der Arbeiter verlangt nicht Unbilliges, aber er will als gleichberechtigter Faktor behandelt sein, nicht als Almosen-Empfänger, auf den man entweder den Hund hetzt oder den man mit ein paar Bettelpfennigen abspeist. Er verzichtet gern auf die beim Unternehmerthum beliebten Wohlthaten und wohlthätigen Einrichtungen, auf Gesangvereine und gelegentliche festliche Abfütterung, — wenn ihm nur sein gesetzliches Recht wird. Der Arbeitgeber-Verband — es ist schwer, keine Satire zu schreiben — hat die strikte Durchführung der bestehenden, zum Schutze der Arbeiter dienenden Bestimmungen auf seine Fahne geschrieben. Wir hören die freudige Botschaft, das Evangelium des Kapitals, aber der Glaube fehlt uns. Wie könnte von diesem Nazareth Gutes kommen? Die Lehren, die der Hamburger Streik ertheilt hat, sind noch zu frisch in aller Leute Gedächtniß. Wo solche Thatsachen reden, sollte noch der Gedanke aufkommen, daß hier die Flüsse bergauf fließen werden? Thorheit! Wir müßten nicht das innerste Wesen der Kapitalistenklasse kennen, könnten wir nicht aus den Satzungen des neuen Verbandes mit wünschenswerthester Deutlichkeit ihre alte Parole: „Mein Wille ist das höchste Gesetz, und wer sich gegen mich auflehnt, den zerschmettere ich", herauslesen. Wir haben die Botschaft vernommen — wir sind gerüstet.

**Bewegung der Bevölkerung.** Im Monat Januar 1897 fanden nach dem Bericht des statistischen Amtes der Stadt Lübeck folgende Veränderungen in der Bevölkerung statt: Es wurden 197 Kinder geboren, davon waren 173 ehelich, 24 unehelich, 99 männlich, 98 weiblich. Todtgeborene wurden gemeldet: 7 (6 ehelich, 1 unehelich; 3 männlich, 4 weiblich). Es starben während dieses Monats 124 Personen. Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 31 (darunter 2 unehelich), von 1 bis 5 Jahren 12, (darunter 0 unehelich), von 5 bis 10 Jahren 4, von 10 bis 15 Jahren 2, von 15 bis 20 Jahren 3, von 20 bis 30 Jahren 5, von 30 bis 40 Jahren 6, von 40 bis 50 Jahren 9, von 50 bis 60 Jahren 14, von 60 bis 70 Jahren 12, von 70 bis 80 Jahren 19, von 80 bis 90 Jahren 5, über 90 Jahren 2. Es starben an: Angeborene Lebensschwäche 7, Abzehrung —, Altersschwäche 10, Bräune —, Blut- und Bleivergiftung —, Brechdurchfall 1, Brust- und allgemeine Wassersucht 0, Darm- und Bauchfellentzündung —, Darmkatarrh —, Diphtheritis 6, Gehirnentzündung —, Gehirnerweichung —, Gehirnschlagfluß 1, Gelenkrheumatismus 1, Herzfehler 7, Keuchhusten —, Krämpfe 10, Krebsschaden 7, Lungenkatarrh (chronischer) 0, Lungen- und Luftröhrenentzündung 9, Lungenlähmung —, Lungentuberkulose (Schwindsucht) 11, Magengeschwür —, Masern und Rötheln 0, Nierenkrankheit 4, Pocken —, Ruhr —, Scharlach 1, Typhus (gastrisches und Nervenfieber) 0, Verletzungen 0, Wochenbettfieber —, übrigen Krankheiten 19, Selbstmord 3, Unglücksfall 0, unbekannten Krankheiten 10.

**Der Kranken- und Sterbekasse der Bäckergesellen und verwandten Berufsgenossen in Lübeck** (eingeschriebenen Hülfskasse Nr. 10), die den Erlaß eines Nachtrages zum Kassenstatute beschlossen hat, ist vom Senate nach 75a des Krankenversicherungsgesetzes vom 10. April 1892 die Bescheinigung ertheilt worden, daß sie, vorbehältlich der Höhe des Krankengeldes, auch nach Erlaß jenes Nachtrages den Anforderungen des § 75 des Gesetzes genügt.

**Auf zum Kampf für Religion, Sitte und Ordnung!** Im hiesigen Amtsblatt war dieser Tage folgende Annonce zu lesen:

D. Bekanntsch. e. f. wohlh. Persönlichk. s. j. alleinst. Frau. Strengst. Discret. F. P. 31 postlagernd.

Im Amtsblatte, das sich erkühnt, den ärmeren Klassen Moral zu predigen und für die Vorherrschaft der Kreise von „Bildung und Besitz" einzutreten, nimmt sich diese unsittliche Annonce wunderschön aus. Allein: Geld stinkt nicht. Und diese Heuchler wollen sich zu Moralpredigern aufwerfen?

**Gewerbegericht.** Sitzung vom 11. Februar 1897. Die Firma A. u. St. klagte gegen die Frau D., welche bis zum 18. Januar als Bürsteneinzieherin bei ihr gearbeitet hatte, dann aber angeblich wegen Krankheit fortgeblieben war, auf Wiederaufnahme der Arbeit. Sie war von Kolleginnen auf der Straße gesehen, und von der Firma zweimal vergeblich zum Wiederantritt schriftlich aufgefordert worden. Auf richterlichen Vorschlag erklärte sie sich bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen.

**Strafkammer.** Sitzung vom 13. Februar. Der Arbeiter C. und der Zimmermann U. sollen am 26. Dezember vor. J. Abends den „Arbeitswilligen" Meyerhoff in den „Centralhallen" vorsätzlich körperlich mißhandelt haben, indem sie ihm einige Hiebe verabreichten. 3 Monate Gefängniß werden ihnen für dieses Vergehen zudiktirt.

**Fackenburg.** Die 25jährige Generalversammlung der Stockelsdorfer Schweinegilde am Sonntag den 7. d. Mts. im Lokale Brauerei Fackenburg war von 64 Mitgliedern besucht. Nach dem Jahresbericht wurden 1896 484 Schweine zur Versicherung aufgenommen und 81 Schadenfälle mit 2133,90 Mk. vergütet. In den Verein, welcher in stetem Zunehmen begriffem ist, sind im letzten Jahre 52 neue Mitglieder aufgenommen. Nach Abschluß der Jahresrechnung betrug die Einnahme für den Reservefonds 528,23 Mk.; der Fonds hat jetzt die Höhe von 1948,35 Mk. erreicht. Nachdem die üblichen Neuwahlen und Berathungen beendet waren, wurde von der Versammlung beschlossen, für sämmtliche Mitglieder des Vereins zum 25jährigen Stiftungsfeste einen freien Ball zu veranstalten.

**Ratzeburg.** Bürgermeisterwahl. Der „Gen.-Anz." läßt sich schreiben zu der mit 1 Stimme Majorität erfolgten Wahl des Herrn Tronnier zum Bürgermeister:

„Was letzteren (den Gegenkandidaten Hübener) der Mittelstandsbevölkerung abhold gemacht hat, ist wohl sein sehr schneidiger Ton, man wollte keinen Lieutenant als Verwaltungsbeamten, man wollte auch ferner lieber einen praktisch erfahrenen Mann und einen verheiratheten, ruhig erwägenden, die ihm speziell unterstellten Zweige (Polizeiamt, Armen- und Krankenpflegeverwaltung) richtig beurtheilenden älteren Herrn mit abgeklärter Weltanschauung. Von anderer Seite wird dieser objektiven Ruhe eine Portion Phlegma hinzugedichtet, wer nun Recht haben wird, das wird die Zeit lehren. Tronniers Anhänger meinen freilich, soweit sie Skatspieler sind, in recht drastischer Weise: Wir haben gut trumpfirt, den besten Buben haben wir erhalten."

Da schlage doch einer lang hin! Jetzt wollen nicht einmal die Ratzeburger mehr etwas von den Lieutenants wissen!

**Hamburg.** Eine Errungenschaft des Streiks. In einer Sonnabend stattgehabten Versammlung des Vereins Hamburger Rheder ist nach dem „H. C." beschlossen worden, die Gagen der Matrosen auf 55 Mk., der Heizer auf 65 Mk., der befahrenen Trimmer auf 55 Mk., der unbefahrenen Trimmer auf 45 Mk. pro Monat zu erhöhen, und eine weitere Erhöhung um 5 Mk. per Monat für Diejenigen, welche nach dem ersten Dienstjahre bei derselben Rhederei bleiben, eintreten zu lassen. Außerdem hat die Hamburg-Amerika-Linie beschlossen: 1) Die Heuergebühren nur für die erste Reise von den Seeleuten zu lassen, für fernere Reisen überhaupt keine Heuergebühren zu erheben und bei der Anmusterung für eine zweite Reise auf einem ihrer Schiffe die für die erste Reise eingezogenen Gebühren baar zurückzuerstatten. 2) Versuchsweise die Ausgabe der bisher bei ihr üblich gewesenen halbmonatlichen Vorschußnoten einzustellen und die üblichen Vorschüsse in Baar zu zahlen. Die übrigen großen transatlantischen Rhedereien haben sich dem angeschlossen. — Wenn es auch nicht viel ist, was der Streik den Seeleuten bereits eingebracht hat, nun so ist es doch wenigstens etwas.

**Bremen.** Der „Rektor aller Teutschen", Ahlwardt, ist mit dem Lloyddampfer „Oldenburg" in zweiter Cajüte von Newyork hierher zurückgekehrt. Ahlwardt setzte nach seiner Ankunft sofort seine Reise nach Berlin fort. Er erklärte, er sei als „halber Republikaner" nach Amerika gegangen, er kehre als „wüthender Republikaner" zurück.

## Briefkasten.

**Ein Moislinger.** Da Sie nicht mit Ihrem Namen für Ihre Behauptungen einstehen wollen, was seitens des Herrn Schr. geschehen, so liegt für uns keine Veranlassung vor, von Ihrem Eingesandt Notiz zu nehmen.

### Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 13. Februar.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 490 Stück, darunter vom Auslande Stück zum Schlachten — Tägl. Preise: Vorstandsschweine Sperre 50—52 Mk. leichte 48—50 Mk., Sauen 42—46 Mk. und Ferkel 44—48 Mk. pr. 100 Pfd.

---

**Zu verm. e. frdl. möbl. heizb. Zimmer**
Johannisstr. 43, pt.

**Gesucht** zum 1. März oder 1. April **eine Wohnung** von 3 Zimmern u. Zubeh. von 180—200 Mk. Off. u. **H W Z** an d. Exp.

Gesucht zu sofort oder zu Ostern
**ein Schmiedelehrling.**
**Gust. Stark,** Ratekau.

**Masken-Anzüge**
werden billig angefertigt bei
Frau **Beiss,** Gr. Sandhof 6.

Die Niederlage der
**Elbschloß-Brauerei Rienstedten**
ist verlegt nach:
**24 Königstrasse 24.**
**A. Bräne.**

**Geschäfts-Eröffnung.**

Den geehrten Einwohnern der Vorstadt St. Lorenz und Umgegend die ergebene Mittheilung, daß ich am heutigen Tage das bisher von Herrn **Georg Schmalfeldt** betriebene

**Colonial-, Conserven-, Delicatessen-, Fettwaaren-, Tabak- u. Cigarrengeschäft**
**16 Moislinger Allee 16**

übernommen habe.

Indem ich gute Waare und billige Preise bei reeller und aufmerksamer Bedienung zusichere, führe ich mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll
**Georg Schmalfeldt Nflg.**

**Schuhwaaren reparaturwerkstatt**
**Kaiserschmiedestr. 26,** bei der Brückengrube.
Herren-Sohlen und Absätze . . 250 Pf.
Damen-Sohlen und Absätze . . 150 „
Kinder- u. Mädch.-Sohl. u. Abs. 1—140 „
Nur gut und dauerhaft.

**41 Langer Lohberg 41**
Von jetzt ab Annahme und sorgfältige Ausführung von Reparaturen an Ihren alter Art. Solide Preise.
**W. Huth.**

Reines
**Flohmen-Schmalz**
Pfd. 60 und 70 Pfg.
**Braten-Schmalz**
Pfd. 30 Pfg.
empfiehlt **Aug. Scheere,**
Großestr. 27.

Feinste große Eier, 11 Stück 60 Pf.,
gr. Landmettwurst, Pfd. 80, 90, 100 Pf.
geräucherten Landspeck, Pfd. 65 Pf.
geräuch. Schweinekopfe in allen Größen
Margarine, Pfd. 50, 55, 60 und 65 Pf.
frische Butter, Pfd. 100, 110 und 120 Pf.
empfiehlt
**J. F. D. Götke,** Schlachterstr. 2.

# Caffee-Lager, Holstenstr. 10

**Sämmtliche Sorten sorgfältig geprüft, in feinster Qualität, täglich frisch geröstet**

## zu billigsten Preisen.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Arab. Mocca-Melange | pro Pfd. Mk. | 2,— | |
| „ „ | „ „ „ | 1,80 | |
| Java-Melange | „ „ „ | 1,70 | |
| Feinste Carlsbader Mischung | „ „ „ | 1,60 | |
| „ „ | „ „ „ | 1,50 | |
| Costarica-Melange, sehr fein | „ „ „ | 1,40 | |
| Guatemala-Melange | „ „ „ | 1,30 | |
| Maracaibo-Melange, sehr gut | „ „ „ | 1,20 | |
| Campinas-Melange | „ „ „ | 1,10 | |
| Santos-Melange, gutschmeckend | pro Pfd. Mk. | 1,— | |
| „ „ „ | „ „ „ | —,90 | |
| Afrik. Perl-Mocca, 90 Pfg., ff. | „ „ „ | 1,— | |
| Santos, reinschmeckend | „ „ „ | —,80 | |
| „ „ | „ „ „ | —,70 | |
| Bruch-Caffee, extra fein | „ „ „ | 1,— | |
| „ „ I } Von guten Sorten abgesiebt | „ „ „ | —,90 | |
| „ „ II | „ „ „ | —,80 | |
| „ „ III | „ „ „ | —,70 | |

**Günstigste Bezugsquelle für Wieder-Verkäufer.**

Durch Maschinenbetrieb wird jeder gebrannte Caffee auf Wunsch sofort gemahlen.

**Kolner Caffee**

in allen Sorten und Preislagen billigst, in Säcken zu Börsenpreisen.

**Caffee-Lager, Holstenstrasse 10.**

---

**Im Inventur-Ausverkauf v. Sonnabend ab:**
**Ein grosser Posten schwarzer Wolle**
zum halben Preis.
**Kleiderreste spottbillig. Unterzeuge bedeutend unter Preis. Hemdentuchreste. Angeschmutzte Wäsche, äusserst billig.**
**Kindermützen 10 Pfg. Häkelgarn 10 Gramm 4 Pfg.**
**L. Duve,** Gr. Burgstraße 32.

Salz-Schnittbohnen pr. Pfd. 20 Pfg.
Salz-Perlbohnen pr. Pfd. 15 Pfg.
Sauerkohl. — Salzgurken.
Senf- und Pfeffergurken.
Rothe Beeten, Pflaumenmus pr. Pfd. 30 Pf.
empfiehlt
**Carl Köhler**
**Wahmstr. 19.**

**Frische Eier**
zu verkaufen.
Kindermarkt 66

Eine probiren Sie meinen
**streng naturell gerösteten Caffee,**
das Pfund zu 1,20 Mk.
Obertrave 8. **Ludw. Hartwig.**

**Quartett-Verein „Amicitia".**
**Maskenball**
am Fastnachtsmontag den 1. März im „Colosseum".
**Der Vorstand.**

**Louis Kuhne**
Internationales Etablissement für arzneilose und operationslose Heilkunst, Leipzig.
Gegründet am 10. Oktober 1887, erweitert 1892.
**Rath und Auskunft in allen Krankheitsfällen, auch brieflich, so gut es möglich ist.**
**Diagnose nach dem Gesichtsausdruck.** Individuelle Behandlung nach langjährigen Erfahrungen.
**Gute Heilerfolge.**
Im Verlage von Louis Kuhne, Leipzig, Hospital 24, sind erschienen und durch vom Verfasser gegen Betrags-Einsendung oder Nachnahme sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen:
Louis Kuhne, **Die neue Heilwissenschaft.** 29. deutsche Aufl. (54. Tausend) 436 Seiten 8°. 1897. Preis Mk. 4.—, geb. Mk. 5.—. Erschienen in 25 Sprachen.
Louis Kuhne, **Bin ich gesund oder krank?** 14. Aufl. Preis Mk. —,50. Erschien in 10 Sprachen.
Louis Kuhne, **Kindererziehung.** Ein Wahrruf an alle Eltern, Lehrer und Erzieher. Preis Mk. —,50.
Louis Kuhne, **Cholera, Brechdurchfall** und deren Heilung. Preis Mk. —,50.
Louis Kuhne, **Gesichtsausdruckskunde,** meine neue Untersuchungsart. Preis Mk. 6.—, eleg. geb. Mk. 7.—.
Louis Kuhne, **Kurberichte aus der Praxis** nebst Prospekt. 25. Aufl. Unentgeltlich.

**Achtung!**
**Holzarbeiter!**
Nicht Dienstag, sondern Mittwoch Abends 8½ Uhr
**Delegirten-Versammlung**
bei **F. Lecke, Lederstrasse 3.**
Kollegen! Sorgt dafür, daß jede Werkstatt vertreten ist!

**Gesangverein „Eintracht".**
Sonntag den 21. Februar
**Socialer Abend**
im Lokale Frahm, Concordia-Garten.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Einführung gestattet.
**Das Fest-Comitee.**

**Elysium.**
Heute Dienstag den 16. d. M.:
**Gr. humoristisches Kappenfest und Ball.**
Anf. 8 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintritt 60 Pf. Dame frei.
Hierzu ladet freundlichst ein
**Die Bedienung.**

**Theater Variété**
**Tonhalle.**
Besitzer: **C. Schlichting.**
Direction: **Ad. Scheibner.**
Täglich:
**Große Specialitäten-Vorstellung.**
**Smith arvello Truppe.**
**La Chapells grossartiges Panoptikum.**
**F. Hook als Bismarck.**
**Jacky-Truppe.**
**Die mysteriösen Wickelkinder.**
**Elvira Jönsen.**
**Hubert und Pauli u. s. w.**
**Anfang 8 Uhr.**
Außer den bereits bekannt gegebenen Stellen sind auch bei Herrn **Ross, Mühlenstr. 15,** Vorverkaufskarten zu haben.

**Stadttheater in Lübeck.**
**Dienstag den 16. Februar.**
Anfang 7 Uhr. Außer Abonnement.
Opernpreise.
Benefiz für Herrn Kapellmeister Edmund v. Strauß.
**Die Afrikanerin.**
**Mittwoch den 17. Februar.**
Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.
82. Abonn.-Vorst. 4. Abthl.: Blau.
Opernpreise.
**13. Gastspiel**
der ersten Solotänzerin
Frl. **Paula Tagliani.**
Zum 13. Male.
**Phantasien im Bremer Rathskeller.**
Vorher:
**Das Wetterhäuschen.**
**HECTOR.**
Des großen Andranges wegen wird um möglichst umgehende Bestellung der Billette ersucht.

**Zur Ergänzung der Bibliotheken** empfehlen wir allen Vereinen und Gesellschaften unser reichhaltiges Antiquarium von wissenschaftlich-belehrenden und unterhaltenden Werken. Unser Lager daran haben wir besonders, daß sämmtliche bis jetzt erschienenen Bände der **Internationalen Bibliothek I. und II. Serie** auch einzeln abgegeben werden; ferner, daß das neue, sehr Interesse erregende Werk:

**Die Norwegische Polar-Expedition 1893—96**
von
**Frithjof Nansen**

in 36 Lieferungen à 50 Pfg. sowie **Die allgemeine Länderkunde der fünf Erdtheile** mit vielen Karten und Abbildungen in Halbleder und Halbleinwand in 10 bis 14 Lieferungen à 1 Mk. durch uns zu beziehen sind.

**An Romanen** ꝛc. empfehlen wir: **Fritz Reuter's sämmtl. Werke** in ganzen Bänden als auch in Heften à 40 Pfg.; ferner **E. Zola's Romane** Serie in Bänden und in Heften, und vieles Andere mehr.

**Friedr. Meyer & Co.,** Buchhandlung,
**Johannisstraße 50.**

Verantwortlicher Redakteur: August Raisch. Verlag: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtlich in Lübeck.

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 39. Dienstag, den 16. Februar 1897. 4. Jahrgang.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Aus dem konservativen Lager.** Der deutsche Landwirthschaftsrath, der kürzlich in Berlin tagte und nächtigte, hat bezeichnender Weise Abstand genommen, die Börsenfrage jetzt zu debattiren, die Sache scheint den Herren nämlich etwas brenzlich zu sein. Ebenso bezeichnend lautet dagegen die Tagesordnung für die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe: 1. die Bedeutung des neuen Börsengesetzes für die Landwirthschaft und die letzten Vorgänge an den Börsenplätzen, 2. die Absperrung der deutschen Grenzen gegen die Einschleppung der Viehseuchen vom Auslande. Die Namen der Referenten werden noch nicht mitgetheilt: wahrscheinlich weil man noch keinen Dummen gefunden hat, der jetzt die Kastanien aus dem Feuer herausholen will. — Wie die „Staatsbürgerzeitung" mittheilt, sind nicht nur Graf Mirbach, Herr v. Manteuffel und v. Levetzow, sondern auch eine ganze Anzahl älterer Mitglieder der konservativen Partei fest entschlossen, mit Ablauf der Legislaturperiode bis auf Weiteres für den Reichstag nicht wieder zu kandidiren! Sie zögen diesen Verzicht einer dauernden Opposition vor, zu der sie durch die Politik des Staatssekretärs von Marschall genöthigt sein würden. Fahrt hin in Frieden!

**Zum Junker gesellt sich der Metzger.** In der „Monatsschrift für Handel und Industrie", amtlichem Organ der Braunschweiger Handelskammer', wird über Wurst und Fleischwaaren berichtet:

„Im Dezember war das Geschäft flott; die vorzügliche Qualität der Dauerware veranlaßte einen lebhafteren Verkehr, auch werden Wurstwaaren vielerseits zu Weihnachtspräsenten verwandt. Die Preise für Schweine sind steigend und wurde Ende Dezember bereits für ausgesuchte Waare 54 Pf. ausgeschlachtet gezahlt, also etwa 8 Mk. höher die 100 Pfund als im Vorjahre. Diese Preissteigerung ist nur zu begrüßen, damit wird endlich mal der Schleuderei ein Damm gesetzt.

Die Strohdachflicker sorgen emsig, daß kein ausländisches Schwein die Grenze passiren soll, der feiste Fleischer begrüßt das Steigen der Preise mit Freuden, und der Arbeiter — verlernt schließlich das Fleischessen, weil er das Geld nicht mehr aufbringen kann im Zeitalter der schamlosesten Lohndrückerei. Also geschieht es im „Kulturstaat", so da heißt Deutschland.

**Auch was Koloniales.** In Deutschostafrika scheint es unter den wenigen deutschen Beamten und Offizieren, die sich über die einzelnen Küstenstationen vertheilt finden, auch in gesellschaftlicher Beziehung recht ungemüthlich zu sein. Die Post bringt einen langen Artikel über „Küstenklatsch", der nicht einmal vor den Damen der Beamten, ja selbst nicht einmal vor den Missionaren und Schwestern Halt macht. In Tanga, so schreibt die Post, wo mit dem Kulturmittel der Eisenbahn der Klatsch eingezogen ist, hat sich am letzten Sylvesterabend sogar eine beträchtliche Zahl von Herren und Damen zu einem „Verein gegen Küstenklatsch" zusammengethan mit der ausgesprochenen Absicht, jeden entdeckten Klatscher rücksichtslos an den Pranger zu stellen, um so einen Ton zu erzwingen, wie er zum friedlichen und gedeihlichen Zusammenleben anständiger Leute nöthig ist.

Statistisch bemerken wir dazu, daß es überhaupt in ganz Tanga nur 127 deutsche Staatsangehörige giebt; weibliche Personen unter den Deutschen und anderen Europäern sind dort nach dem letzten Jahresbericht im Ganzen nur 17 vorhanden.

Die Hauptsache aber ist, daß endlich ein Verein in Ostafrika gegründet worden ist: jetzt kann man sich mit dem ganzen Kolonialsegen aussöhnen!

**Eine gewissenlose Komödie,** welche die europäische Diplomatie in der orientalischen Frage spielt, ist niemals in grellere Beleuchtung gestellt worden, als gegenwärtig, wo das Zwergkönigreich Griechenland sich plötzlich als Großmacht aufspielt und in Kreta mit brennender Fackel um dem Pulverfaß herumfuchtelt, ohne daß ihm die europäische Diplomatie in den Arm fiele. Das einzige was diese Diplomatie thut, ist: die Türkei zu verhindern, dem Unfug ein Ende zu machen, was mit ein paar Regimentern Soldaten im Handumdrehen geschehen wäre. Dieses Königreich Griechenland hat nämlich mit den jonischen Inseln, die ihm von England geschenkt wurden, zusammen noch nicht ganz 2½ Millionen Einwohner — eine Million weniger als das Königreich Sachsen — und eine miserable Armee.

Und da will man uns einreden, durch Griechenland werde jetzt der Weltfriede bedroht und die europäische Diplomatie strenge sich gewaltig an, die Gefahr zu beseitigen.

Als ob nicht das leiseste Wort, aber ernsthaft gesprochen, genügte, um den griechischen Bramarbas sich lammfromm ducken zu lassen.

Die Frage ist nur, wer in dieser Komödie den andern betrügt: Rußland England, oder England Rußland! Die Einzigen, die sicher betrogen sind, das sind die Köhlergläubigen, die von der europäischen Diplomatie Thaten der Humanität und des Fortschritts erwarten.

**Zum christlichen Bergarbeitertag** bringt der „Vorwärts" aus Bochum einen sehr instruktiven Epilog, dem wir folgende interessante Stelle entnehmen:

„Die Signatur des Kongresses war: „Die Bevormundung der Bergleute durch Pfarrer und Kapläne! So erhielt jeder Referent auf dem Delegirtentag sein Referat schriftlich ausgearbeitet vom Vorstand des Gewerkvereins! Und wenn das Referat zu Ende war, dann beugte sich der Redner hintenüber zu Herrn Vikar Brauns, um zu fragen: Soll ich meine Resolution jetzt vorlesen!!! Das kommt, glauben wir, bei selbstdenkenden Referenten nicht vor, daß sie sich mitten im Vortrag Verhaltungsmaßregeln bei einem Regisseur holen. Die hierdurch geübte Bevormundung war so stark, daß sogar ein christlicher Delegirter in seiner plattdeutschen Sprache ausrief: „Es dat en Delegirtentag? Sind wie denn Blagen??"

Lohnfrage, Bergmannschutz, Frauenarbeit, Sonntagsruhe, Knappschaftswesen, Nothwendigkeit der Organisation, alles dieses wurde sachlich behandelt von den Bergleuten und so zwar, daß die „alten Verbändler" nur zustimmen konnten. Fremde Leute gaben aber dann dem Bergmannswunsch ein „christliches" Gepräge! Nichtbergleute führten den Gang der Debatte immer wieder in das unternehmerfreundliche Geleise.

Was sagt man dazu: In der Frage der Knappschaftsreform sprachen sich fast alle Redner für die sogenannte Meis'sche Denkschrift aus, trotzdem Meis als Sozialdemokrat verschrieen wird. Ja einige Redner wendeten sich sogar direkt gegen die Denkschrift des Gewerkvereins, obwohl sie doch selbst Mitglieder desselben sind. Da kam Herr Vikar Brauns und Herr Kaplan Hitze, assistirt von dem Bergarbeiter Brust, und befürworteten die Gewerkvereinsforderungen und gehorsam nahm die Majorität die Denkschrift der Kapläne an. Dabei wurde diese bisher in allen öffentlichen und von allen Seiten besuchten Bergmanns-Versammlungen abgelehnt und dafür die Arbeit des Aeltesten Meis befürwortet. Nun lasse man noch einmal die „blinde Nachfolgerschaft" der Sozialdemokraten hervorheben.

Interessant war es auch, wie man bei den Debatten es vermied, die Namen der oberschlesischen Grubenbesitzer zu nennen, obwohl immer wieder von den oberschlesischen Delegirten gesagt wurde: Auf den Privatgruben ist es viel schlechter als auf den fiskalischen. Nun, diese Privatgruben gehören doch den allerchristlichsten Führern des Zentrums, den Ballestrem, Matuschka und Konsorten! Aus dem Ruhrgebiet nannte man einige Zechen, auch aus dem Siegerland, aber Oberschlesien — ja das war das Kräutchen Rührmichnichtan! Wie schmerzlich wäre es aber auch für den Kochkünstler Hitze gewesen, in seiner vergeistigenden Gegenwart die Leuchten des arbeiterfreundlichen Zentrums als Ausbeuter und Vernichter des Familienlebens genannt zu hören. Ein christlicher Bergmanns-Kongreß, der Stellung nimmt zu der Frauenarbeit auf der Gruben und dabei unterläßt, die Beschäftiger der 90 pCt. Frauen auch nur zu nennen, ist wahrlich werth, als „Heber den Arbeiterlage" verherrlicht zu werden.

### Schweiz.

**Der letzte Wahltag im Kanton Zürich** hat die Erwartungen der sozialdemokratischen Partei nicht blos erfüllt, sondern noch etwas übertroffen. Unser Regierungsrath-Kandidat, Genosse Stadtrath Ernst, erhielt 15483, während der Kandidat Lutz der seit 30 Jahren siegreichen und mächtigen demokratischen Partei es auf 19182 Stimmen brachte, der liberal-konservative Dr. Haab dagegen auf 24488. Die Wahlziffern zeigen, daß die Liberal-Konservativen die stärkste von allen drei Parteien, dagegen nur eine Minderheit gegenüber den beiden demokratischen Parteien sind. In Zürich 3. Kreis (Außersihl), Winterthur und dessen benachbarten Industriedörfern Töß, Veltheim, Oberwinterthur, Seen, Wülflingen, und sogar in den Landgemeinden Hettlingen, Jauerthalen und Elsau erhielt der sozialdemokratische Kandidat die Mehrheit; speziell in Zürich-Außersihl 2347 gegen 831 liberale und 1771 demokratische und in Winterthur

---

## Dornberg.

Erzählung von Adolph Streckfuß.

(15. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

### XI.

Ein Jahr war seit dem Morde des Majors Arnburg verflossen. Vor dem Kriminalgerichts-Gebäude in B* drängte sich schon seit dem frühesten Morgen eine aus allen Ständen bunt durcheinander gewürfelte Volksmasse. Jeder war bemüht, der erste am Thor zu sein, um, wenn dasselbe dem Publikum geöffnet werden würde, noch einen Platz im Zuhörerraum des Schwurgerichts zu finden. Der Prozeß des vornehmen Raubmörders, des Baron von Laßperg, sollte heute vor den Geschworenen verhandelt werden, ein Prozeß, der ein Interesse in allen Kreisen der Residenz erregt hatte, wie seit langen Jahren kein anderer.

Ein Raubmörder, der einer der vornehmsten Familien des Landes angehörte, war schon dadurch ein Gegenstand des Interesses und hätte die Zuhörerräume des Schwurgerichts dicht gefüllt; hier aber handelte es sich außerdem um einen Prozeß, der reich an interessanten und spannenden Episoden zu werden versprach.

Der Angeklagte leugnete sein Verbrechen, obgleich gegen ihn die unzweifelhaftesten Beweise vorlagen. Er bestritt die Wahrheit anerkannt erwiesener Thatsachen mit einer Frechheit sonder Gleichen, und die Aufgabe des Staatsanwalts mußte es sein, dem Verbrecher auf seinem Wege bis zur Mordstätte zu folgen, seine Lügen und Ausflüchte zu entschleiern, seine Schuld so unwiderleglich darzustellen, daß die Geschworenen mit ruhigem Gewissen ihr Schuldig sprechen konnten. Eine schwere Aufgabe, denn dem Verbrecher zur Seite stand der berühmteste Vertheidiger der Residenz, ein scharfsinniger Jurist, der schon vielfach durch seine glänzende Beredtsamkeit in den schwierigsten Fällen gesiegt hatte und der auch diesmal zu siegen hoffte, denn eine Zeugin, zu deren Vernehmung die Staatsanwaltschaft alle ihr zu Gebote stehenden Mittel angewendet hatte, war nicht aufzufinden gewesen, Clara von Arnburg, die Tochter des Ermordeten.

Endlich öffneten sich dee Thore des Gerichtshauses, die Menge stürmte in den Saal, den sie schon halb angefüllt fand mit jenen Bevorzugten, die sich durch Hinterthüren einen früheren Eintritt zu verschaffen gewußt hatten, durch Damen und Herren aus den höchsten Ständen, welche in glänzender Toilette, wie zu einem Schauspiel gekommen waren, um den Verhandlungen über das Leben eines der Ihrigen beizuwohnen.

Noch eine Stunde blieb der Gerichtssaal leer, während schon der Zuhörerraum Kopf an Kopf gefüllt war: die Menge unterhielt sich während dieser Zeit in leisem Flüsterione, man sprach natürlich von nichts Anderem, als von dem bevorstehenden Prozeß. Seltsame Gerüchte flogen durch den Saal über die Gründe, welche das Fräulein von Arnburg veranlaßt haben konnten, sich der Vernehmung zu entziehen. Sie sei die Braut des Mörders gewesen und wolle nicht gegen denselben als Zeugin auftreten, erzählten die Einen; Andere behaupteten, der Hauptzeuge, ein junger Student, sei ihr Liebhaber.

Plötzlich tiefe Stille.

Der Angeklagte wurde in den Saal geführt, aller Augen richteten sich auf ihn. Der Baron von Laßperg erschien in gewählter Gesellschaftstoilette; er schaute, während er auf der Anklagebank Platz nahm, ruhig und unbefangen um sich. Sein Blick traf auch viele bekannte, früher befreundete Gesichter, aber in keinem derselben fand sich ein Zeichen der Theilnahme, des Wiedererkennens, er war ja der im Voraus gerichtete Verbrecher!

Mit verächtlichem Lächeln wendete er sich von der ihn neugierig anstarrenden Menge zu seinem Vertheidiger, mit dem er ruhig sprach, bis die Verhandlungen begannen.

Die Vorbereitungen des Prozesses waren beendet, die Geschworenen ausgeloost und vereidet. Der Saatsanwalt erhob sich.

Die Anklage-Akte war ein Meisterwerk. Sie schilderte in ungeschmückten Worten einfach und klar den Thatbestand, aber aus dieser einfachen Darlegung entwickelte sich die Schuld des Angeklagten mit jedem Satze mehr und mehr.

Der Major von Arnburg war in der Nacht vom siebzehnten zum achtzehnten Juli ermordet worden. Aus der Untersuchung des Zimmers und dem Zustand der Leiche ging unzweifelhaft hervor, daß der Mörder ein genauer Bekannter des Majors gewesen sein müsse, der vor dem Morde mit ihm in traulicher Unterhaltung gesessen habe. Der erste und einzige Verdacht lenkte sich in Folge der Aussagen des Zeugen Heldreich auf den Angeklagten, und dieser Verdacht fand seine volle Bestätigung durch die bei einer Haussuchung in der Wohnung des verhafteten Angeklagten vorgefundenen Gegenstände. Der Ermordete war um eine beträchtliche Summe Geldes beraubt worden, welche er am Tage vor seinem Tode vereinnahmt hatte, genau dieselbe Geldsumme, Tausend Thaler, fand sich bei dem Verhafteten vor, und der Einwand, welchen derselbe machte, er habe diese Summe von seinem Oheim als Rückzahlung einer Schuld erhalten, erschien durchaus unglaubwürdig. Eben so wenig konnte sich der Angeklagte über den Besitz eines dem Major gehörigen Siegelringes ausweisen.

Der von dem Angeklagten früher begangene Mordversuch, die genaue Bekanntschaft desselben mit der Wohnung des Majors, die Erscheinung des Barons in der Nacht des Mordes in der Nähe der Wohnung des Ermordeten, der Besitz der geraubten Geldsumme und des Siegelringes, und endlich der Besitz eines großen, dolch-

2144 gegen 517 resp. 686 Stimmen. In Winterthur siegten auch die Sozialdemokraten bei einer Ersatzwahl in den Großen Stadtrath mit dem Genossen Flach über den Kandidaten der beiden bürgerlichen Parteien. Es geht im Kanton Zürich mit der sozialdemokratischen Partei nun rasch vorwärts.

## Soziales und Partei-Leben.

**Schutzvorschriften** hat der Bundesrath auf Grund der ihm zustehenden Vollmachten (§§ 120e und 130a der Gewerbe-Ordnung) für die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Alkali-Chromaten erlassen. Es handelt sich darum, die Arbeiter gegen die gefährliche Staubentwicklung der Rohstoffe (Aetzkalk, Soda, Chromeisenstein) durch passende Maßregeln zu schützen. Also Ventilation, Abzugsvorrichtungen, dichtummantelte Apparate, Abtrennung der Arbeitsräume, Arbeitsanzüge, Respirationen, Schwämme, Tücher, Wasch-, Ankleideraum, getrennter Speiseraum. Kontrolle durch Arzt, Anstellung der Arbeiter nur auf Grund ärztlicher Bescheinigung, daß sie nicht an Hautausschlägen 2c. leiden u. s. w.

**Die Anklagen wegen groben Unfugs** sollen, wie die „Freis. Ztg." meldet, eingeschränkt werden. Es sind wiederholt Fälle vorgekommen und auch zur Kenntniß des Justizministers gelangt, in denen auf Grund des § 360 11 des Str.-G.-B. wegen groben Unfugs Anklagen erhoben oder Verurtheilungen erfolgt sind, welche den Begriff der in Rede stehenden Strafthat in einer der Absicht des Gesetzgebers nicht entsprechenden Weise verallgemeinert haben. Es ist hieraus, wie der „Bresl. Ztg." mitgetheilt wird, Veranlassung genommen worden, die Anklagebehörden darauf hinzuweisen, daß der Mangel einer näheren gesetzlichen Bestimmung des Thatbestandes des groben Unfuges nicht dazu verleiten darf, in dem § 360 11 des Str.-G.-B. eine subsidiäre Strafvorschrift für solche nach der individuellen Empfindung strafwürdige Handlungen zu erblicken, welche sich unter eine andere Strafbestimmung nicht bringen lassen, daß vielmehr dieser Thatbestand nur durch Handlungen oder Unterlassungen erfüllt wird, welche den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung stören oder gefährden. — Der Erlaß einer solchen Verfügung ist mit Genugthuung zu begrüßen; hoffentlich wird sie dazu beitragen, daß der gekünstelten Anwendung des Groben Unfugs-Paragraphen auf alle Vorkommnisse, die sich sonst nicht unter eine Strafbestimmung bringen lassen, ein Ziel gesetzt wird. — Was hier ausgeführt ist, deckt sich im Wesentlichen mit dem, was wir gegenüber der wahrhaft kunstvollen Auslegung vorbrachten, welche man hierorts dem Unfugs-Paragraphen zu Theil werden ließ. —

**Aus Stuttgart** wird geschrieben: Die hiesigen Genossen sind seit Beginn des Jahres dabei, in die bisher — auch von unserer Partei — mit ziemlicher Sonderheit betriebene Gemeindewahlen etwas mehr Leben zu bringen. Seit sechs resp. vier Jahren gehörten unsere Genossen Klotz und Dietrich dem Bürgerausschusse an, in welchem sie seiner Zeit mit Hülfe der Volkspartei gewählt wurden. Bei der letzten Bürgerausschußwahl im Dezember v. J., wo die Sozialdemokratie selbstständig vorging, blieben unsere Kandidaten sämmtlich in der Minderheit, so daß wir gegenwärtig auf dem Rathhaus unvertreten sind. Die Wahl ist hier eine gleiche und direkte, jedoch an die Erwerbung des Bürgerrechts geknüpft, und das Bürgerrecht muß mit 10 Mk. Gebühren erkauft werden. Der größte Theil der Arbeiter scheut diese zwar hohen, aber doch nicht unerschwinglichen Kosten. So stehen den 30 000 Reichstags- und 25 000 Landtagswählern nur zirka 12 000 Gemeindewähler gegenüber. Die gegenwärtig von der hiesigen Parteileitung unternommene Agitation richtet sich deshalb gerade auf die Betreibung der Bürgerrechtserwerbung seitens der Arbeiter. Schon seit einigen Jahren existiren in den Bezirksvereinen der Partei sogenannte Bürgerrechts-Kommissionen, welche Spareinlagen von den Genossen entgegennehmen und nach Ansammlung der vollen Gebühr die zur Erwerbung des Bürgerrechts erforderlichen Eingaben 2c. besorgen. Die Thätigkeit dieser Kommissionen war seither jedoch nur wenig erfolgreich. Es sollen deshalb neben den Bezirks-Kommissionen in allen größeren Werkstätten und Fabriken Kassirer ernannt werden, welche gleichfalls Spareinlagen entgegennehmen. Beitragskarten und Quittungs-Marken zu diesem Zweck liefert die Partei gratis, ebenso gedruckte Formulare zu den Eingaben 2c. Man wird in nächster Zeit mit den Angehörigen der verschiedenen Berufe in Verbindung treten, um die Ernennung der Werkstattenkassirer zu beschleunigen.

Die nächsten Wahlen, und zwar die zum Gemeinderath, sind Ende dieses Jahres. Die Gemeinderäthe beziehen als solche ein Einkommen von 3000 Mk. jährlich, während die Bürgerausschuß-Mitglieder unentgeltlich thätig zu sein haben.

**Bei der Reichstags-Stichwahl** im zweiten badischen Wahlkreise Donaueschingen erhielt der „Bad. Landesztg." zufolge Dr. Merz (N.) 10 262 Schüler (Z.) 10 256 Stimmen. Merz ist somit gewählt.

## Aus Nah und Fern.

**Das eigene Kind erschossen.** Ein schrecklicher Vorfall ereignete sich gestern Vormittag in einer Wohnung der Elsterstraße zu Leipzig, wo der Kutscher A. mit dem Reinigen eines Gewehrlaufes beschäftigt war. „Papa, schieß mich mal todt" — rief fröhlich das 2½jähr. Söhnchen des Kutschers, und nicht ahnend, daß das Gewehr geladen war, legte der Vater an — ein Schuß krachte und das Kind sank todt zu Boden. Den Schmerz des unglücklichen Vaters, der den Vorfall selbst zur Anzeige brachte, kann man sich denken. Die Waffe gehörte dem Dienstherrn des Kutschers.

**Badische Wahl-Kuriosa.** Die nationalliberalen Blätter zählen allerlei Gewaltmittel auf, welche die katholische Geistlichkeit im Wahlkreise Donaueschingen zur Hintanhaltung liberaler Wahlstimmen angewandt und wie sie sich dabei hauptsächlich der Weiber bedient hat. Ein liberales Blatt erzählt u. A. folgende zwei Fälle: „Eine Frau hat ihrem Mann die Stiefel eingeschlossen, so daß er bei dem hohen Schnee nicht zur Wahlurne gehen konnte, wo er für den liberalen Kandidaten gestimmt hätte; eine andere hat dem liberal gesinnten Ehemann den Stimmzettel in der Rocktasche umgetauscht." Mit gutem Humor bemerkt die „Köln. Volks-Ztg." hierzu: Uns sind noch ganz andere Schauergeschichten zu Ohren gebracht worden. Eine Frau X sperrte ihren liberal gesinnten Mann so lange in den ungeheizten Backofen ein, bis die Wahl vorüber war. Hätte er um Hülfe gerufen, so würde das grausame Weib ihn bei lebendigem Leibe gebraten haben. Eine Frau Y zog ihrem Mann für vier Wochen das Taschengeld, weil er angeblich im Schlafe geäußert hatte, er werde liberal wählen. Auf inständiges Bitten des Karlans wurde die Strafzeit auf die Hälfte herabgesetzt. Eine Frau Z. jagte am Vorabend des Wahltages ihren Mann wegen Diebstahls an. Der Aermste wurde am Wahl-Morgen schon in's Wahllokal in's Untersuchungsgefängniß abgeführt, bis die falsche Anklägerin ihn Abends um 6 Uhr erlöste. Am schlimmsten erging es einem liberalen Wähler in R. R. Mit unauslöschlicher Farbe stempelte die fromme Frau ihm die vier Buchstaben E S E L auf die Stirne. Doch ließ er sich nicht abschrecken. Den Hut auf in die Stirne gedrückt, eilte er zum Wahllokal. Aber der Wahl-Kommissar forderte ihn kategorisch auf, sein Haupt während der feierlichen Handlung zu entblößen. Da er sich dessen beharrlich weigerte, durfte er sein Wahlrecht nicht ausüben und sieht auch noch einer Bestrafung wegen groben Unfugs entgegen. O diese Weiber!

**Ein russischer Brüsewitz.** Aus dem in Christiania erscheinenden „Morgenbladet" entnimmt die „Stettiner Abend-Ztg." einen Artikel unter der Spitzmarke: „En russisk v. Brusewitz". In dem Artikel wird ein ebenso unerbaulicher Vorfall geschildert, wie die Karlsruher Affaire einer war. Bei getreuer Uebersetzung aus dem Norwegischen in unser geliebtes Deutsch, ergiebt sich folgendes: „Am 8. Oktober vorigen Jahres befanden sich in einem Eisenbahnwagen des Zuges, welcher von Tscheliabinsk nach Omsk abgehen sollte, zwei junge Damen, ein Untersuchungsrichter, ein Arzt, ein Zivilingenieur und ein blutjunger Lieutenant." Der Zivilingenieur und der Lieutenant spielen die Hauptrollen, deshalb werden deren Namen genannt. Ersterer hieß also Kurmann und Letzterer, ein Sohn des Militärgouverneurs vom semipalatinschen Distrikt, Karpow. Weiter wird berichtet:

„Gleich nachdem der Zug sich in Bewegung gesetzt hatte, trat der Lieutenant den beiden Damen mit einem unpassenden Scherze zu nahe, und zwar so aufdringlich, daß eine der Damen den Zivilingenieur Kurmann um Schutz ersuchte." Kurmann entsprach selbstverständlich der Pflicht jedes Ehremannes und und intervenirte gegen die Dreistigkeiten des jungen Vaterlandvertheidigers. „Kaum aber", heißt es in dem norwegischen Blatte, „hatte er den Mund geöffnet, als ihn der Lieutenant mit einem Faustschlage auf den Kopf regalirte und aus einem Revolver gegen den unglücklichen Mann drei Schüsse abfeuerte, so daß der Beschützer der Damen todt niedersank." Man sieht handgreiflich den Segen der russischen Preßzensur. Am 8. Oktober geschah diese Heldenthat eines uniformirten Flegels, aber er war der Sohn eines Militärgouverneurs und Alles blieb still in den Blättern des russischen Preßwaldes. Ueber Norwegen erst wird die Sache ruchbar und zwar anläßlich der gerichtlichen Aburtheilung des Todtschlägers.

Diese Aburtheilung nun verdient Anerkennung, sie ist streng und korrekt. „Lieutenant Karpow wurde", so meldet die Notiz „zum Verlust seiner Ehrenrechte und zur Verbannung nach Irkutsk (Sibirien) verurtheilt." Aber noch mehr: „Ingenieur Kurmann hinterließ seine Wittwe mit einem noch jugendlichen Kinde. Diese Wittwe forderte 36 000 Rubel Kapital oder 1800 Rubel Rente (die Hälfte des Gehaltes, welches ihr getödteter Gatte bezogen hatte) und das Gericht sprach ihr diesen Schadenersatz zu." Für uns in Deutschland ist Mehreres interessant an dem traurigen Ereigniß. Einmal, daß man die uniformirten Todtschläger im Auslande bereits nach unserem Karlsruher Muster benennt und zweitens der Vergleich beider Strafurtheile. Karpow wurden die bürgerlichen und die militärischen Ehrenrechte aberkannt, und seine Verbannung nach Sibirien ist fast ein Todesurtheil, jedenfalls gar nicht zu vergleichen mit der kurzfristigen Gefängnißstrafe des deutschen Offiziers, ganz zu schweigen von dem bemerkenswerthen Moment, daß diese Strafe zuerst nur auf ehrenvolle Festungshaft lautete. Zu Ungunsten des Karlsruher Falles fällt dann noch in die Waagschale, daß Karpow ein blutjunger Mensch ist, dessen Erziehung noch nicht einmal völlig abgeschlossen war, während der deutsche Offizier den Rang eines Premier Lieutenants bekleidete, also reifer und verantwortungsvoller genannt werden muß.

---

ähnlichen Messers, welches vollkommen in die Stichwunde des Ermordeten paßte, bis alle man Verdachtsgründe, welche, in eine Kette gereiht, die Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten hervorrufen mußten.

Der Staatsanwalt hatte geendet. Die Geschworenen sahen einander befriedigend zu, schon jetzt schien das Schicksal des Angeklagten entschieden, dieser aber erhob sich und stützte sich auf die Frage des Präsidenten mit ruhiger Frechheit für „Nicht schuldig."

Er erhielt das Wort zu seiner Vertheidigung; sein Advokat flüsterte ihm einige Worte zu; aber er schüttelte mißbilligend mit dem Kopfe und begann: „Man hat mich eines fürchterlichen Verbrechens beschuldigt und eine Anklage gegen mich erhoben, welche auf ein Gewebe von Unwahrheiten gegründet ist. Die Anklage eines Zeugen, welcher, wie ich nachweisen kann, mit langer Zeit gegen mich einen mir unerklärlichen Haß hegt, und der eine Reihe von Erfindungen gegen mich vorbringt, werden als unumstößliche Wahrheiten hingestellt, meine eigenen Worte aber glaubt man nicht. Man hat mich ein Jahr lang eingekerkert, von der Welt abgeschlossen und der Möglichkeit beraubt, Schritte zu meiner Vertheidigung zu thun und den Ursprung der gegen mich vorgebrachten Beschuldigungen zu benutzen. Meine Briefe sind nicht genommen worden. Sie hätten meine Unschuld erweisen müssen. Man sagt, sie sei nicht aufgefunden worden; aber kann wohl in Deutschland ein junges Mädchen spurlos verloren gehen? Dies Alles zeigt mir, daß ich schuldig befunden werden soll! Welche Gründe ein heimtückisches Verbrechen gegen mich hervorgerufen haben, weiß ich nicht; aber ich weiß, daß es ungerechtfertigt ist und ich protestire dagegen!

Die kurze Vertheidigung machte sowohl auf die Richter und Geschworenen, als auch auf die Zuhörer den ungünstigsten Eindruck.

Der Angeklagte hatte mit schwacher Stimme gesprochen, keine Erhebung zeigte sich in jedem Worte; er leugnete, er verdächtigte einen Zeugen ohne Beweise, und wollte sich als das Opfer einer ungerechten Verfolgung darstellen.

Er griff den Staatsanwalt und das Gericht an, indem er erklärte, man wolle ihn für schuldig halten. „So spricht kein unschuldig Angeklagter!" flüsterte man im Zuschauerraume und dasselbe sagten die Geschworenen; auch der Vertheidiger konnte bei den Worten desselben eine mißbilligende Bewegung nicht unterdrücken.

Der Präsident allein bewahrte eine unerschütterliche Ruhe. In seinen ersten Zügen konnte man weder Billigung noch Mißbilligung lesen: er ließ den Angeklagten seine Rede vollenden, dann aber sagte er ruhig: „Sie haben sich über die einzelnen Punkte der Anklage nicht geäußert; ich werde Ihnen dieselben daher in einzelnen Fragen in die Erinnerung rufen; mache Sie aber darauf aufmerksam, daß Sie in keiner Weise gezwungen sind, eine Frage zu beantworten, von der Sie glauben, daß die Antwort Ihnen zum Schaden gereichen könne. Die Anklage behauptet, Sie hätten bereits am zwanzigsten Februar vorigen Jahres einen Mordversuch auf Ihren Oheim gemacht, der aber durch den Studenten Heldreich vereitelt worden ist; dieser soll dabei von Ihnen durch einen Messerstich verwundet worden sein. Was haben Sie hierüber zu bemerken?"

„Daß diese Beschuldigung eine aus der Luft gegriffene Erfindung des Heldreich ist."

„Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß die Verwundung des Herrn Heldreich auch durch andere Zeugen bestätigt wird."

„Ich kann nur bei meiner Aussage beharren. Ob und wo Herr Heldreich verwundet worden ist, kann ich nicht wissen. Ich habe ihn nicht verwundet. Ich war an jenem Tage aber gar nicht in der Wohnung meines Oheims."

„Wissen Sie vielleicht, wo Sie sich am Abend des zwanzigsten Februar befunden haben?"

„Wie könnte ich mich dessen nach mehr als einem Jahr erinnern. Der Tag hatte für mich gar kein besonderes Interesse."

„In der Nacht vom siebzehnten zum achtzehnten Juli sollen Sie dem Zeugen Heldreich, in einen Mantel gehüllt, vom Hause des Majors Arnburg kommend, begegnet sein."

„Dies ist ebenfalls eine Erfindung. Ich bin am siebzehnten Juli von vier bis neun Uhr zu Haus geblieben, weil ich mich nicht recht wohl fühlte. Dann habe ich einen Spaziergang vor das Thor gemacht und bin gegen elf Uhr nach Haus gekommen."

„Trugen Sie einen Mantel?"

„Nein."

„Ihre Wirthsleute bestätigen, daß Sie in einen Mantel gehüllt, fortgegangen seien."

„Es ist möglich, daß ich mich irre. Es war eine kühle Nacht und da mag ich wohl, weil mich fröstelte, den Mantel umgenommen haben. Ich weiß es nicht mehr."

„Ihre Wirthsleute behaupten, Sie seien später als elf Uhr nach Haus gekommen."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: August Leich. Verlag: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer & Co., sämmtlich in Lübeck.